



# **Anträge zur ordentlichen Bundeskonferenz der Arbeits- gemeinschaft Migration und Vielfalt**

**14.–15. Juni 2019 in Berlin**

# **Antragsübersicht der Anträge zur Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt**

Die Antragskommission tagte am 18. Mai 2019 in einer Telefonkonferenz zu den fristgerecht eingegangenen Anträgen für die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt 2019. Die Antragskommission legt hiermit ihre Voten vor.

**Die Antragskommission bittet alle Antragsteller, sich grundsätzlich Gedanken zu machen über die EmpfängerInnen der Anträge. Bei Anträgen, die keine haben, sollten ggf. welche eingefügt werden, bei Anträgen, die sehr viele EmpfängerInnen aufweisen, sollte darüber nachgedacht werden, ob hier nicht der Bundesparteitag als oberstes Beschlussgremium der SPD ausreichend wäre.**

## **Mitglieder der Antragskommission**

### **Bundesvorstand**

Susanne Kasztantowicz

Christopher Keiichi Schmidt

### **Aus den Landesverbänden und Bezirken**

Detlev Buchholz	Rheinland-Pfalz
Olaf Craney	Nordrhein-Westfalen
Nazan Komral	Schleswig-Holstein
Murat Polat	Hessen-Nord
Timo Schramm	Berlin
Anna Stvrtecky	Bayern

# 1 Inhalt

2	Arbeitsprogramm.....	5
3	Antrag 1 .....	5
4	Arbeitsprogramm der AG Migration und Vielfalt 2019 bis 2021: Zusammenhalt in der	
5	Einwanderungsgesellschaft.....	5
6	Teilhabepolitik und Interkulturelle Öffnung.....	10
7	Antrag 2 .....	10
8	Gesellschaftspakt für Vielfalt und Teilhabe .....	10
9	Antrag 3 .....	13
10	Interkulturelle Öffnung und Sensibilisierung in allen Bereichen des Gesundheitswesens	
11	der Bundesrepublik Deutschland .....	13
12	Antrag 4 .....	15
13	Demokratie erleben für alle! .....	15
14	Integrationspolitik .....	15
15	Antrag 5 .....	15
16	Sprachförderung für alle Migranten und Migrantinnen unabhängig von der	
17	Bleibeperspektive!.....	15
18	Antrag 6 .....	17
19	Integrationskurse für Ältere (über 50) für Flüchtlinge, Migranten, Asylsuchende .....	17
20	Flüchtlingspolitik.....	18
21	Antrag 7 .....	18
22	„Sichere Herkunftsstaaten“ kein Instrument der Sozialdemokratie.....	18
23	Antrag 8 .....	19
24	Für eine humanitäre Asylpolitik - gegen Seehofers Hau-Ab-Gesetze!.....	19
25	Antrag 9 .....	20
26	Kompromisse in der Koalition haben auch Schmerzgrenzen – das „Geordnetes Rückkehr-	
27	Gesetz ist ein Hohn für alle, die sich für Menschen in Not einsetzen und muss gestoppt	
28	werden“ – Schmerzgrenze für die SPD ist mehr als überschritten .....	20
29	Antrag 10.....	21
30	Beschäftigungsduldung.....	21
31	Antrag 11 .....	22
32	Unterstützung des Kirchenasyls durch die SPD.....	22
33	Antrag 12.....	24

1	Der Familiennachzug ist ein elementarer Grundstein für eine gelingende Integration.....	24
2	Antrag 13.....	25
3	Folter im Offshore-Lager auf Nauru beenden.....	25
4	Antrag 14.....	26
5	Willkürliche und haltlose Lagebewertungen des BAMF unterbinden.....	26
6	Antrag 15.....	27
7	Zur Situation der afghanischen Ortskräfte in Afghanistan und in der Bundesrepublik	
8	Deutschland.....	27
9	Antrag 16.....	28
10	Resolution gegen Abschiebungen von afghanischen Staatsangehörigen.....	28
11	Antrag 17.....	30
12	Freiwillige Rückkehr fördern statt repressiv ausweisen.....	30
13	Antrag 18.....	31
14	Unterstützung Flüchtlingshelfer- und Kulturforum.....	31
15	Europäische Flüchtlingspolitik.....	32
16	Antrag 19.....	32
17	Abkehr von der menschenverachtenden europäischen Abschottungspolitik.....	32
18	Antrag 20.....	34
19	EU-Integrationsfonds als Instrument für eine humane Asylpolitik.....	34
20	Antrag 21.....	35
21	Solidarischen Verteilungsmechanismus mit einem „Kommunalen Integrations- und	
22	Entwicklungsfonds“ fördern.....	35
23	Antrag 22.....	36
24	Kündigung des Flüchtlingdeals mit Libyen!.....	36
25	Antrag 23.....	37
26	Stoppt das Sterben im Mittelmeer!.....	37
27	Antrag 24.....	37
28	Prüfung der Einhaltung der Richtlinie 2011/95/EU.....	37
29	Antrag 25.....	39
30	Psychologische und psychotherapeutische Versorgung von Flüchtlingen sicherstellen! ....	39
31	Kampf gegen Rechts & Antisemitismus und Demokratieförderung.....	40
32	Antrag 26.....	40

1	Gegen jeden Antisemitismus! – Keine Zusammenarbeit mit der antisemitischen BDS-	
2	Bewegung und demokratischer Widerstand gegen Unterstützer*innen dieser Bewegung	
3	und ihre Aktionen.....	40
4	Antrag 27.....	41
5	Forderung eines Beauftragten gegen Rassismus.....	41
6	Antrag 28.....	42
7	Verstetigung von Demokratiearbeit und Extremismus Prävention auf den Weg zu bringen	
8	.....	42
9	Organisation.....	43
10	Antrag 29.....	43
11	Doppelspitzen in den AG-Richtlinien ermöglichen.....	43
12	Antrag 30.....	44
13	Laizist*innen in der SPD.....	44
14	Antrag 31.....	44
15	Erneuter Beitritt der SPD in die Sozialistische Internationale und Überprüfung des	
16	Zusammenschlusses der Sozialistischen Internationalen und Progressiven Allianz unter	
17	dem Dach der Sozialistischen Internationalen.....	44
18	Sonstiges.....	45
19	Antrag 32.....	45
20	Mehr Fördergelder für den Kampf gegen Genitalverstümmelung.....	45
21	Antrag 33.....	46
22	Paritätische Besetzung im Bundestag.....	46
23		
24		

# 1 **Arbeitsprogramm**

## 2 **Antrag 1**

3 AntragstellerIn: Bundesvorstand

4 Empfehlung der Antragskommission:

## 5 **Arbeitsprogramm der AG Migration und Vielfalt 2019 bis 2021:**

### 6 **Zusammenhalt in der Einwanderungsgesellschaft**

7 In den letzten beiden Jahren war unsere AG weiterhin ein stark sichtbarer Teil der SPD.  
8 Zahlreichen Diskussionen in unseren Themenfeldern konnten wir unseren Stempel aufdrü-  
9 cken. Wir kommen aufgrund der Großen Koalition jedoch immer wieder an Grenzen, wo wir  
10 zwar Parteiintern gute Beschlüsse durchsetzen können, aber die Regierungsarbeit dieser  
11 kaum Rechnung trägt und damit die Beschlüsse konterkariert. Eine Erneuerung gerade in  
12 unserem Bereich ist mit und in der Großen Koalition nicht möglich.

13 Wir wollen deshalb in den nächsten beiden Jahren weiterhin die Programmatik der SPD fort-  
14 entwickeln, aber auch dafür sorgen, dass die große Bedeutung unserer Themen für die Sozi-  
15 aldemokratie endlich in den Köpfen ankommt und es nicht mehr nur als Verhandlungsmasse  
16 angesehen wird. Dafür müssen Netzwerke ausgebaut und aus den Bundesländern koordi-  
17 niert gemeinsame Anstrengungen unternommen werden. Die wachsende Vielfalt auch in  
18 Führungspositionen, die wir aktiv mit fördern und fordern, ist dabei notwendig, um erfolgreich  
19 zu werden.

20 Darüber hinaus hat der Austausch mit den Organisationen unserer Einwanderungsgesell-  
21 schaft gezeigt, dass viele Hoffnungen mit der SPD verbunden sind, aber auch eine große  
22 Enttäuschung. Unsere Vorschläge zur Zielgruppenarbeit werden wir weiterhin energisch ein-  
23 bringen und eine Umsetzung trotz weniger Ressourcen einfordern. Ansonsten werden die  
24 Enttäuschungen die Distanz zur Einwanderungsgesellschaft weiter vergrößern.

25 Gemeinsam mit Partner innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie wollen wir den Zu-  
26 sammenhalt in unserer Einwanderungsgesellschaft stärken.

### 27 **Organisatorische Schwerpunkte**

28 Viele Instrumente und die bisherige Arbeit des Bundesvorstands haben sich bewährt und wir  
29 wollen diese weiterentwickeln und weiterführen. Folgende organisatorische Schwerpunkte  
30 wollen wir deshalb in den nächsten Jahren setzen:

31 1. Unsere bisherigen Erfolge basieren auf gute und verlässliche Netzwerke. Diese wolle  
32 wir ausbauen und stärken:

- 33 • Wie schon in der Vergangenheit wollen wir uns innerhalb der Sozialdemokratie und  
34 der ihr nahe stehenden Institutionen, wie der Friedrich-Ebert-Stiftung, eng verzahnen. Dabei  
35 wird der Austausch mit der Bundestagsfraktion, insbesondere in der Person des Integrations-  
36 beauftragten Karamba Diaby, aber auch mit der Querschnitts-AG Integration und Migration  
37 mit Lars Castellucci einen wichtigen Punkt darstellen.

- 1 • Wie schon in den vergangenen Jahren wollen wir themenbezogen mit den anderen  
2 Arbeitsgemeinschaften auf Bundesebene zusammenarbeiten. Hier gilt es das vorhandene  
3 Netzwerk weiter auszubauen, zu stärken und gemeinsame Inhalte und Veranstaltungsfor-  
4 mate zu entwickeln.
- 5 • Auch mit dem zweiten Kommunalkongress in Frankfurt am Main haben wir zahlreiche  
6 aktive Genoss\*innen mit Migrationshintergrund zusammenbringen können. Durch Podiums-  
7 diskussionen, Vorträge und Fachforen fand ein informeller Austausch statt. Auf dem Kommu-  
8 nalkongress diskutieren Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen zentrale  
9 Integrations- sowie kommunale Fragen. Die Rückmeldungen waren gut und wir wollen den  
10 Kongress deshalb weiterführen.
- 11 • Externe Partner\*innen sind besonders wichtig für unsere Arbeit, wenn wir mit Druck  
12 von außen Themen der Einwanderungsgesellschaft bewegen wollen. Zum Austausch haben  
13 wir in den letzten beiden Jahren eine Umfrage initiiert, die interessante Ergebnisse geliefert  
14 hat. Dies wollen wir kontinuierlich durchführen. Unsere Idee für einen Beirat oder Gipfel mit  
15 Vertreter\*innen der Neuen deutschen Organisationen und Migrantenorganisationen halten  
16 wir weiterhin für sehr wichtig und werden es auch zukünftig mithilfe der SPD umzusetzen  
17 versuchen.
- 18 • Wir wollen anfangen uns auch international zu vernetzen, was wir in der letzten Wahl-  
19 periode nicht geschafft haben. Gerade das Thema Migration zeigt, dass der Blickwinkel und  
20 der Umgang in verschiedenen Staaten sehr emotional und sehr unterschiedlich ausgestaltet  
21 sind. Als inhärent international angelegt kann es aber ernsthaft auch nur international ange-  
22 gangen werden. Um auch europaweit für unsere Ideen und Ideale zu werben, brauchen wir  
23 Partnerinnen und Partner. Wir wollen daher mit der SPE, der S&D Fraktion und den Partner-  
24 parteien der SPD in Kontakt treten und Wege des inhaltlichen Austausches suchen. Wir  
25 müssen mit unseren Schwesternparteien wieder enger zusammenrücken, uns austauschen  
26 und organisieren. Nur so werden wir es schaffen, die Herausforderungen der kommenden  
27 Jahre zu bewältigen.
- 28 • Der „Preis der Vielfalt“, der 2015 ins Leben gerufen wurde erhält sehr großen Zu-  
29 spruch. Das hat unseren Bundesvorstand der AG Migration und Vielfalt dazu bewegt, diesen  
30 als festen Bestandteil in unser Arbeitsprogramm zu nehmen. Es soll darauf geachtet werden,  
31 dass der/die Preisträger/in sich nachhaltig in einem ein aktuellen Themenbereich, für 2017  
32 war es das Thema „Kampf gegen Rechts“, engagiert. Der Preis wird alle 2 Jahre auf der or-  
33 dentlichen Bundeskonferenz in einem angemessenen Rahmen verliehen und von prominen-  
34 ten Laudatoren begleitet werden. Mit dem Preis wollen wir zivilgesellschaftliches Engage-  
35 ment ehren, aber auch unser Netzwerk erweitern und parteiintern sichtbar machen, welche  
36 innovative Arbeit in der Gesellschaft geleistet wird.
- 37 • Die Projektgruppe der Russischsprachigen befindet sich in der Arbeitsphase und hat  
38 ein ambitioniertes Programm für die Jahre 2019/20 vorgelegt. Wir halten es zunächst für  
39 sinnvoll die Gruppe der Russischsprachigen als äußerst heterogen zu betrachten. Unsere  
40 Arbeit wird sich jedoch grundlegend auf die zwei größten Gruppen, die der Russlanddeut-  
41 schen und die der jüdischen Zuwander\*innen, konzentrieren. Trotz der Unterschiede zwi-  
42 schen ihnen, sind in der Agenda mehrere Überschneidungen zu verfolgen. Die Interessen-  
43 vertretungen der Russlanddeutschen haben ihre wichtigsten Themenbereiche mehrmals arti-  
44 kuliert. Zusammengefasst gibt es die drängendsten Fragen in den Bereichen Rente/Leben

1 im Alter, Integration, Schule/Kultur und Sicherheit. Als eine Maßnahme wollen wir diese Fra-  
2 gen im Rahmen eines parlamentarischen Fachgesprächs diskutieren. Dazu sollen die fach-  
3 politischen Sprecher\*innen der Fraktion oder andere fachkundige MdBs und einschlägige  
4 Funktionsträger\*innen der russischsprachigen Interessensvertretungen sowie Interessierte  
5 eingeladen werden. Die SPD-Mandatsträger\*innen bringen dabei ihre Positionen zum Aus-  
6 druck (Gesetzeslage, Einschätzung des Handlungsbedarfs) und informieren ggf. die Anwe-  
7 senden über die geplanten Verbesserungsmaßnahmen in den genannten Bereichen. Als  
8 eine weitere Aktivität auf Grundlage der Veranstaltung/des Fachgesprächs planen wir eine  
9 Dialogrunde, wozu wir Ressourcen von der SPD organisieren müssen.

10 2. Uns ist seit AG-Gründung der praktizierte inhaltliche Austausch mit den regionalen  
11 Akteur\*innen sehr wichtig. Instrumente, die sich bewährt haben, sollen auch weiterhin ge-  
12 nutzt und weiterentwickelt werden:

13 • Unser Newsletter dient dem Austausch von Informationen zwischen der Bundes- und  
14 Landesebene und innerhalb der Landesverbände. In Zukunft soll der Newsletter noch mehr  
15 zu einem inhaltlichen Diskursmedium ausgebaut werden, in dem kontroverse Diskussionen  
16 Platz finden.

17 • Die Sozialen Medien sind ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit im Austausch mit  
18 den Akteur\*innen auf allen Ebenen. Diesen Austausch gilt es zu intensivieren. Die Kommuni-  
19 kation via Facebook ist einfach und bietet ein niedrigschwelliges Kontaktangebot. Ein echtes  
20 und wertvolles Feedback erhielten wir direkt und unmittelbar von den Usern. Wir waren je-  
21 derzeit erreichbar und ansprechbar und konnten in den direkten Dialog treten. Bei politischen  
22 Ereignissen war es möglich, schnell, mobil und ohne technisches Wissen mit einem State-  
23 ment zu reagieren. Digitale Kampagnen waren ebenfalls einfach erstellt und daher ein gutes  
24 Instrument zur Umsetzung und Unterstützung unserer Themen. Das wollen wir weiterführen  
25 und unsere Community stärken, damit gegenseitig viel mehr geteilt und verbreitet wird.

26 • Die technischen Grundvoraussetzungen für ein gemeinsames Wiki haben wir ge-  
27 schaffen und nun sind wir daran, das Wiki mit Wissen zu füllen. Hier gilt es, das Wissen der  
28 einzelnen zusammenzutragen, so dass wir es in das Wiki einpflegen können. Das individu-  
29 elle Wissen des einzelnen wird zum Kapital der Mitstreiterinnen und Mitstreiter unserer AG  
30 bundesweit. Hierbei werden wir mehr Zuarbeit der Bundesländer einfordern, damit das Wiki  
31 mit Leben gefüllt wird.

32 • Die BuVo-Sitzungen fanden an abwechselnden Orten statt. Diese Praxis wollen wir  
33 fortsetzen, um mit unseren Arbeitsgemeinschaften vor Ort Themen vorzubringen und Prä-  
34 senz zeigen zu können.

35 3. Inhalte werden nicht umgesetzt, wenn sie nicht sichtbar sind. Wir wollen darum die  
36 Aufmerksamkeit, die wir bei einem Fachpublikum geschaffen haben, ausweiten:

37 • Wie in den letzten Jahren wollen wir die innerparteilichen Kanäle für die Öffentlich-  
38 keitsarbeit intensiv nutzen. Wir wollen daran anknüpfen und zukünftig mit mehr Gesichtern  
39 aus dem Bundesvorstand sichtbar werden. Bei Parteitagungen wollen wir weiterhin sichtbar sein.

40 • An die bisherige erfolgreiche Pressearbeit der Bundesvorstand wollen wir anknüpfen  
41 und diese weiterführen.



1 4. Die Interkulturelle Öffnung der SPD ist weiterhin eine wichtige Aufgabe für uns und  
2 wir sind bei weitem noch nicht da angekommen, wo wir sein wollen. Den Prozess wollen wir  
3 weiterhin führen und mit dem Willy-Brandt-Haus begleiten. Dies umfasst für uns alle Berei-  
4 che von der Neumitgliederansprache bis zur Förderung von Vielfalt in den Führungsgremien.

## 5 **Inhaltliche Schwerpunkte**

6 Die Themen unserer Arbeitsgemeinschaft betreffen sämtliche Bereiche unserer Einwande-  
7 rungsgesellschaft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass bei allen Vorhaben auch immer  
8 die Themen Migration und Vielfalt als Querschnittsaufgaben im Vorfeld mitgedacht werden.  
9 Nichtsdestotrotz setzen wir einen gesonderten Fokus auf einzelne Bereiche, da sie aktuell  
10 Klärungsbedarf aufweisen oder der intensive öffentliche Blick dies erfordert. Folgende  
11 Schwerpunkte wollen wir in den nächsten beiden Jahren setzen:

### 12 1. Antirassismus und Kampf gegen Rechts

13 Die neue und alte Rechte hat seit 2017 nun einen parlamentarischer Arm im Bundestag und  
14 ist auch in den Landesparlamenten zum Teil stark vertreten. Es bleibt also weiterhin notwen-  
15 dig, deutlich Haltung zu zeigen. Die parlamentarische Rechte trägt aktiv dazu bei, dass Hass  
16 und Hetze im Netz aber auch in der Realität stark präsent sind. Wir werden dies, wie auch in  
17 der Vergangenheit, als AG kritisch kommentieren und da wo es geht, auch bei Protesten  
18 Präsenz zeigen.

19 Nationalistische rechte Kräfte befinden sich in ganz Europa und darüber hinaus im Aufwind.  
20 Wir beobachten mit Sorge weltweit antidemokratische Entwicklungen hin zu Autoritarismus  
21 und Nationalismus. In Deutschland erobert die AfD mit ihren rückwärtsgewandten Parolen  
22 und vermeintlich einfachen Antworten auf komplexe Fragen immer noch viel zu viele Stim-  
23 men.

24 Aus unserer Sicht müssen alle demokratischen Kräfte sich dieser rechten Mobilisierungsg-  
25 welle gemeinsam entgegenstellen. Wir werden unsere Haltung zu gruppenbezogener Men-  
26 schenfeindlichkeit deutlich hörbar gestalten, uns weiter im Kampf gegen Rechts engagieren  
27 und Initiativen und Projekte unterstützen und uns in den Medien zu Wort melden.

28 Unser Ziel bleibt es, daran zu arbeiten, dass Demokratieförderung zu verstetigen und ge-  
29 setzlich stärker zu verankern. Wir werden aber auch weiterhin kritisch die Tätigkeit der Be-  
30 hörden, auch einzelner Bundesländer, im Umgang mit rechter Gewalt beobachten und hin-  
31 terfragen.

### 32 2. Migration und Flucht

33 Der Fetisch der Union mit der Flüchtlings- und Migrationspolitik scheint kein Ende zu neh-  
34 men. Immer wieder kommen neue Vorstöße, die leider unzureichend von der SPD gebremst  
35 werden. Der schon restriktive Koalitionsvertrag wird dadurch immer weiter nach rechts ver-  
36 schoben. Wir werden weiterhin früh auf weitere Verschärfungsvorschläge reagieren und  
37 auch innerhalb der SPD Klärungsprozesse provozieren und voranbringen. Hierbei wollen wir  
38 verstärkt den Schulterschluss mit Verbänden wie Pro Asyl suchen.

### 39 3. Feminismus und Migration

1 Es gehört zur traurigen gesellschaftlichen Realität in Deutschland, dass eine marginale An-  
2 zahl von Burkaträgerinnen eine größere Debatte und Emotionalität hervorruft, als die häufi-  
3 gen Akte körperlicher, und speziell auch sexueller Gewalt, welche Flüchtlingsfrauen erfahren  
4 haben oder noch erfahren. Dies sagt viel über das Verständnis von Frauenrechten in Bezug  
5 auf Migrantinnen aus. Oft geht es nur vordergründig um den Schutz von Frauen, eigentlich  
6 aber, um die Bestätigung und Abgrenzung des Selbst- und Fremdbildes. Wir wollen diese  
7 Debatte nicht den Vorurteilen überlassen! Wir kämpfen für eine wirkliche Gleichstellung der  
8 Geschlechter! Wir wollen dieses Thema aber nicht alleine, sondern im Schulterschluss mit  
9 der ASF bearbeiten. Gemeinsam wollen wir mit Frauen mit und ohne Migration dieses wichti-  
10 ge Thema analysieren und die versuchen einen gemeinsamen Arbeitsauftrag zu formulie-  
11 ren. Im Idealfall wollen wir einen gemeinsamen Antrag mit der ASF beim Bundesparteitag  
12 einbringen.

#### 13 4. Aufstieg und Teilhabe durch Bildung und Arbeit

14 Nach wie vor ist es nicht gelungen, Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abzukoppeln.  
15 Insbesondere Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte profitieren nicht genug  
16 vom Aufstiegsversprechen durch Bildung. Alte Instrumente sozialdemokratischer Aufstiegs-  
17 politik müssen deshalb wiederbelebt werden und durch neue ergänzt werden. Notwendig  
18 sind etwa Investitionen in die frühkindliche Bildung, bei gleichzeitiger Abschaffung der so ge-  
19 nannten „Herdprämie“. Hierzu gehört eine kostenlose Bildung von der Krippe (bis zur Hoch-  
20 schule) und der Ausbau von Eltern-Kind-Zentren bzw. Familienzentren. Während das deut-  
21 sche Ausbildungssystem international gelobt wird, müssen wir Erkenntnisse und Strukturen  
22 ausländischer Schulsysteme viel stärker untersuchen und auf Deutschland anwenden.  
23 Hierzu möchten wir mit Experte\*innen vergleichender Erziehungswissenschaften bzw. Schul-  
24 politiker\*innen ins Gespräch kommen. Wir möchten eine Debatte darüber anstoßen, wie es  
25 gelingen kann, nach dem „katholischen Mädchen vom Land“ nun auch dem „ausländischen  
26 Jungen aus der Stadt“ Bildungschancen ohne Vorurteile und Barrieren zu ermöglichen.

27 Auch in der Wirtschaft ist noch keine Gleichstellung erreicht. Mitarbeiter mit Einwanderungs-  
28 geschichte sind in leitenden Positionen völlig unterrepräsentiert. Werden sie über die Auf-  
29 stiegsmöglichkeiten und Voraussetzungen informiert? Wie werden junge Migrantinnen und  
30 Migranten überhaupt bei ihrer Berufswahl unterstützt? Warum nutzen sie nicht die vielfältigen  
31 Möglichkeiten, sondern arbeiten vor allem in ein paar wenigen Berufen? Hier wollen wir Ge-  
32 spräche mit den Handwerkskammern, der IHK und auch den Gewerkschaften führen.

#### 33 5. Religiöse Vielfalt

34 In der SPD wird die Debatte um die Gleichstellung des „Islam“ sehr unterschiedlich geführt,  
35 eine klare Haltung scheint es nicht zu geben. Wir brauchen eine Debatte darüber, wie wir  
36 seitens der Sozialdemokratie Fragen der religiösen Vielfalt und zum Umgang mit dem Islam  
37 zeitgemäß beantworten können. Dabei wollen wir uns insbesondere der Herausforderung  
38 stellen, wie man die Organisationen der Muslime unterstützen kann, sich von den Herkunfts-  
39 regionen zu emanzipieren. Wir wollen dabei die Rolle und Ausrichtung der unterschiedlichen  
40 Verbände näher betrachten und dabei nicht übersehen, dass eine deutliche Mehrheit der  
41 Muslime – genau wie bei anderen religiösen Gruppen – nicht in einem Verband organisiert  
42 sind, aber trotzdem religionspolitische Forderungen haben können.

# 1 Teilhabepolitik und Interkulturelle Öffnung

2 AntragstellerIn: Bundesvorstand

## 3 Antrag 2

4 Leitantrag

5 Empfehlung der Antragskommission:

## 6 Gesellschaftspakt für Vielfalt und Teilhabe

7 Zusammenhalt gehört zur Kernkompetenz der Sozialdemokratie. Sie ist die entscheidende  
8 politische Kraft in Deutschland, die den Zusammenhalt der Gesellschaft immer im Blick  
9 hatte. Sei es nach dem zweiten Weltkrieg, durch Zeiten von Wirtschaftskrisen oder nach der  
10 Deutschen Einheit. Große Umbrüche wurden gerade durch die Sozialdemokratie gestaltet.  
11 Diese Herausforderung stellt sich heute wieder, in der Gestaltung unserer Einwanderungsge-  
12 sellschaft. Es verlangt nach einer zweiten Deutschen Einheit.

13 Wir leben in einer modernen, vielfältigen Gesellschaft, in der Einwanderung seit Jahrzehnten  
14 gelebte Normalität und Realität ist. Wir müssen dieser Tatsache stärker gerecht werden. Es  
15 braucht einen Plan und einen Gesellschaftspakt für Vielfalt und Teilhabe. Dieser Pakt setzt  
16 einen Rahmen voraus, der auch symbolisch die Einheit unserer Vielfalt darstellt und bei zu-  
17 künftigen Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft immer im Blick behält.

18 Wieso nicht einen Feiertag für die nächste Deutsche Einheit am Tag des Grundgesetzes?  
19 Oder wieso nicht ein ähnlicher Akt wie in Kanada als der damalige Premierminister Pierre  
20 Trudeau die "Politik des Multikulturalismus" zur zentralen Leitlinie künftiger kanadischer Poli-  
21 tik proklamierte? Symbole sind gerade an der Stelle, wo wir die Herzen der Menschen errei-  
22 chen wollen, ein wichtiger Bestandteil unserer Politik. Umrahmt müssen alle Maßnahmen  
23 durch einen Diskussionsprozess mit einer breiten gesellschaftlichen Beteiligung werden.

24 Diesen Gesellschaftspakt, das Teilhabe und Chancengleichheit verfolgt, gilt es aber auch,  
25 durch konkrete gesetzliche und strukturelle Maßnahmen zu untermauern, die aufeinander  
26 abgestimmt und widerspruchsfrei sind. Folgende vier Pfeiler sind dabei für uns eine notwen-  
27 dige Basis für eine solche kohärente Politik der Teilhabe und Zusammenhalts:

### 28 1. Ein Ministerium für die Einwanderungsgesellschaft

29 Auf Bundesebene ist die Migrations- und Integrationspolitik sehr zersplittert organisiert. Ein  
30 wichtiger Akteur ist einerseits die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge  
31 und Integration. Jedoch ohne entscheidenden gestalterischen Einfluss. In verschiedenen Mi-  
32 nisterien, Soziales, Familie, Arbeit oder Kinder und Jugend, werden Fragen der Teilhabe be-  
33 handelt. Faktisch jedoch wird die Integrationspolitik auf Bundesebene entscheidend im Bun-  
34 desinnenministerium bestimmt. Neben der Zuständigkeit für das Aufenthalts- und Asylrecht  
35 sowie für das Staatsangehörigkeitsrecht verfügt das Ministerium mit dem Bundesamt für Mig-  
36 ration und Flüchtlinge über eine große nachgeordnete Behörde.

1 Die Integrations- und Migrationspolitik sollte als eigenständiges Politikfeld (z.B. als Abteilung)  
2 in einem Bundesministerium verankert werden. Dies würde zum einen das Thema klarer „an  
3 den Kabinetttisch“ bringen, und zum anderen auch das Ministerium für die Umsetzung der  
4 Politik zuständig machen, das sie auch formuliert hat. In welchem Ministerium, das heißt mit  
5 welchen anderen Politikfeldern, Integrations- und Migrationspolitik verknüpft werden sollte,  
6 oder ob es eigenständig aufgebaut werden sollte, lässt sich nicht allgemein festlegen. Im  
7 Falle einer Eingliederung in ein bestehendes Ministerium wäre ein wichtiges Auswahlkrite-  
8 rium sicherlich die Verbindung mit anderen Bereichen, die wie Integration gesellschaftspoliti-  
9 sche Themen sind, wie Soziales, Familie, Arbeit oder Kinder und Jugend.

10 Entscheidend wäre aber auch die Zusammenführung von Integrationspolitik mit den Politik-  
11 feldern des Aufenthalts-, Staatsangehörigkeits- und Asylrechts in dem zu schaffenden „Integ-  
12 rationsministerium“. Eine Herauslösung des Aufenthalts- und Asylrechts aus dem Innenmi-  
13 nisterium wäre dazu notwendig. Dies bedeutet auch eine Änderung der Zuordnung des  
14 BAMF, das folglich dem neuen Integrationsministerium untergeordnet werden müsste. Ein so  
15 „erweitertes“ Integrationsministerium hätte auch eine entsprechende Größe und klare Fach-  
16 zuständigkeiten, so dass es auch als eigenständiges Ministerium ohne weitere Politikfelder  
17 Sinn machen würde.

## 18 **2. Ein Partizipations- und Integrationsgesetz**

19 Forderungen wie „mehr Teilhabe“ durch „Interkulturelle Öffnung“ brauchen konkrete Rege-  
20 lungen und Zielvorgaben. Ein Partizipations- und Integrationsgesetz kann Abhilfe schaffen  
21 und die Öffnung der Gesellschaft entscheidend voranbringen.

22 Ziel eines Partizipations- und Integrationsgesetzes ist, eine Kultur der Anerkennung und För-  
23 derung von Vielfalt zu festigen und jede Form von Diskriminierung, Rassismus und gruppen-  
24 bezogener Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen. Dieses Gesetz soll die Abschaffung von  
25 Benachteiligungen und Bevorzugungen von allen Menschen in Deutschland auf Grundlage  
26 des Art. 3 GG garantieren. Weiterhin soll die soziale, gesellschaftliche und politische Teil-  
27 habe der Menschen mit Einwanderungsgeschichte von Anfang an gefördert werden.

28 Insbesondere soll ein solches Gesetz die eigenen staatlichen Institutionen zu einem Prozess  
29 der Interkulturelle Öffnung verpflichten. Die Vielfalt in der Belegschaft muss entsprechend  
30 dem Bevölkerungsanteil der Menschen mit Einwanderungsgeschichte als Orientierung die-  
31 nen. Ein solcher Vorstoß des öffentlichen Arbeitgebers sollte zugleich Ausstrahlung entfalten  
32 und Vorbild sein für alle Bereiche des Arbeitsmarktes, auch für Parteien und Verbände.

## 33 **3. Antidiskriminierung – die neue Säule der sozialdemokratischen Aufstiegs politik**

34 Das Aufstiegsversprechen ist der Kitt unserer Gesellschaft und ein zentrales Element sozial-  
35 demokratischer Politik. Dieses Versprechen hat die Sozialdemokratie in vielen Fällen erfüllen  
36 können, als es beispielsweise um die Arbeiterbewegung oder um das vielzitierte "katholische  
37 Landmädel" ging. Millionen Frauen und Männer profitierten von einer sozialdemokratischen  
38 Aufstiegs- und Bildungspolitik und tun dies nach wie vor. Wir müssen heute jedoch auch fest-  
39 stellen: Das Aufstiegsversprechen wird viel zu oft nicht mehr erfüllt. Dies trifft etwa die vielen  
40 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die neue deutsche Namen tragen, sichtbar das neue Ge-  
41 sicht Deutschlands prägen und familiäre Wurzeln in anderen Regionen der Welt haben. Auch  
42 wenn festzustellen ist, dass der prägende Nachteil, über alle Bürgerinnen und Bürger  
43 Deutschlands hinweg, die soziale Herkunft bleibt.

1 Hierzu gehört für uns zentral eine moderne und zeitgemäße Antidiskriminierungspolitik, da-  
2 mit auch Aufstiegshindernisse durch Diskriminierung beseitigt werden.

3 Dazu braucht es eine Reform des Allgemeine Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) u.a. mit  
4 folgenden Aspekten: Wir wollen Diskriminierungsmerkmale deutlich weiter fassen, wie bspw.  
5 um die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft. Die rechtliche Verfolgung von Diskri-  
6 minierung wollen wir vereinfachen. Hierzu gehört die Umkehr der Beweislast, aber auch eine  
7 deutliche Ausweitung der Klagefristen. Ein Verbandsklagerecht muss dringend eingeführt  
8 werden, damit Institutionen besonders schwerwiegende Fälle an sich ziehen und den Be-  
9 troffenen direkt helfen können. Das AGG greift heute im privatrechtlichen Bereich. Es bedarf  
10 der Ausweitung auf die Beziehungen zwischen Individuum und staatlichen Institutionen. Hier  
11 gilt es insbesondere die Verabschiedung von Landes-Antidiskriminierungsgesetzen zu för-  
12 dern.

13 Darüber hinaus muss die Antidiskriminierungsstelle des Bundes finanziell und personell ge-  
14 stärkt werden, damit wir wichtige Strukturen stärken können. Die ADS kann dadurch ein stär-  
15 keres öffentliches Bewusstsein für den Diskriminierungsschutz schaffen und die Beratungs-  
16 infrastruktur in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Institutionen, aber auch mit Landes-  
17 Antidiskriminierungsstellen, ausbauen und effektiver gestalten.

#### 18 **4. Vollendung der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts**

19 Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in der ersten rot-grünen Bundesregierung  
20 wurde das bis dahin prägende Bild vom Deutschsein endlich überwunden. Nicht mehr nur  
21 die Abstammung entscheidet seitdem über die Staatsbürgerschaft, sondern auch die Geburt  
22 in Deutschland. Die heutigen Diskussionen über Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft sind  
23 auch als Folge der rot-grünen Reformen zu verstehen. Diese Reform muss gerade jetzt ver-  
24 teidigt werden gegenüber jenen, die ein Zurück wollen zu der Blut-Ideologie des Kaiser-  
25 reichs.

26 Heute müssen wir die Mängel des Staatsangehörigkeitsrechts klarer beheben. Wir wollen  
27 eine völlige Abschaffung der Optionspflicht und die generelle Hinnahme der Mehrstaatlichkeit  
28 bei Einbürgerungen. Durch das Anerkennen von Integrationserfolgen und bürgerschaftlichen  
29 Engagement sollen positive Anreize gesetzt werden. Darüber hinaus sollen Hürden bei der  
30 Einbürgerung gesenkt und die Frist zur Erlangung der Staatsbürgerschaft auf mindestens  
31 fünf Jahre verkürzt werden so dass langjährige Verfahren ein Ende findet und dass Men-  
32 schen, die sich bei uns längst integriert haben, einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen.

33 Auch unterhalb der staatsbürgerlichen Gleichstellung müssen Formen der politischen Teil-  
34 habe gestärkt und erweitert werden. Dazu gehören die gesetzlichen Rahmenbedingungen  
35 für eine aktive politische Teilhabe aller in Deutschland lebenden Menschen müssen geschaf-  
36 fen werden, vor allem durch die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Menschen  
37 die Ihren Lebensmittelpunkt hier haben.

## 1 **Antrag 3**

2 AntragstellerIn: Landesverband Nordrhein-Westfalen

3 Empfehlung der Antragskommission: Empfehlung an den Antragsteller, ab dem 2. Absatz al-  
4 les in die Begründung zu verschieben und ggf. die Forderungen im Antragstext zu konkreti-  
5 sieren

## 6 **Interkulturelle Öffnung und Sensibilisierung in allen Bereichen des** 7 **Gesundheitswesens der Bundesrepublik Deutschland**

8 Der Bundesvorstand der AG Migration und Vielfalt in der SPD wird gebeten, sich für die ge-  
9 setzlich verankerte interkulturelle Öffnung und Sensibilisierung in allen Bereichen des Ge-  
10 sundheitswesens der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen.

11 Besonders seien an dieser Stelle genannt:

12 Die Krankenkassen, die ambulante Behandlung (in der Arztpraxis), die stationäre Behand-  
13 lung (im Krankenhaus), die kassenärztlichen und -zahnärztlichen Vereinigungen, die Kran-  
14 kenhausgesellschaften, das Krankenhauswesen, Ärzte-, Zahnärzte-, Psychotherapeuten-  
15 und Apothekerkammern, der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD), die Apothekerverbände,  
16 die nicht-ärztlichen Heilberufe, die Patient\*innenorganisationen, die Selbsthilfe und *last but*  
17 *not least* die ambulante und stationäre Alterspflege.

18 Zu letzterem bzw. der kultursensiblen Pflege verweisen wir als Grundlage auf den Antrag der  
19 NRW SPD Landtagsfraktion vom 04.12.2018 „Älteren Menschen mit Migrationsgeschichte  
20 den Zugang zu Pflege- und Altenhilfe erleichtern und ihre Lebensleistung würdigen“.

21 Siehe hierzu: [https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Doku-  
22 ment/MMD17-4455.pdf](https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-4455.pdf)

23

### 24 Begründung:

25 Einwanderung ist ein wichtiger Bestandteil und eine Bereicherung unserer Gesellschaft. Das  
26 Ergebnis dieser Feststellung bedeutet, dass tiefgreifende soziale Veränderungen für die Ein-  
27 gewanderten selbst und für die Aufnahmegesellschaft stattfinden. Die Konsequenzen für das  
28 Gesundheitswesen und die Gesundheitspolitik werden erst seit kurzem wahrgenommen und  
29 erforscht und spiegeln sich nicht im Alltag wider.

30 Wir haben noch eine lange Wegstrecke vor uns. Die demografischen und strukturellen Ver-  
31 änderungen haben als Ergebnis eine Vielzahl interkultureller Überschneidungen im Gesund-  
32 heitsbereich. Im Studium der Medizin in der Bundesrepublik ist die Vermittlung von Schlüs-  
33 selqualifikationen kein zentraler Bestandteil des Unterrichts.

34 In folgenden Hochschulen und Einrichtungen gibt es kleinere und einzelne Projekte, die sich  
35 mit der Gesundheit von Einwanderern beschäftigen.

- 1 1. Einwöchige Vorbereitung für das praktische Jahr (PJ) zum Thema interkultureller Aspekte
- 2 im Umgang mit den Patient\*innen gibt es begrenzt nur im Umgang mit Patient\*innen aus
- 3 dem islamischen Kulturkreis.
- 4 2. Uni Gießen: Wahlfach "Migrationsmedizin"
- 5 3. Uni Göttingen: Wahlfach "Interkulturelle Kompetenz"
- 6 4. Uni Erlangen: Nürnberg: freiwilliges Praxis-Seminar „Interkulturelle Kommunikation"
- 7 5. Uni Hannover: Programme "IsiEmed" und "SprintT".
- 8 6. Das Projekt "ZIPP" der Charité in Berlin:
- 9 [https://psychiatrie-psychotherapie.charite.de/fuer\\_patienten/ambulanzen/zentrum\\_fuer\\_inter-](https://psychiatrie-psychotherapie.charite.de/fuer_patienten/ambulanzen/zentrum_fuer_inter-)
- 10 [kulturelle psychiatrie psychotherapie zipp/](https://psychiatrie-psychotherapie.charite.de/fuer_patienten/ambulanzen/zentrum_fuer_inter-kulturelle_psychiatrie_psychotherapie_zipp/)
- 11 7. Kompetenz-Zentrum "Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe (kom- zen) [www.kom-zen.de](http://www.kom-zen.de)
- 12 8. Forum für eine kultursensible Altenhilfe [www.kultursensible-altenhilfe.de](http://www.kultursensible-altenhilfe.de)
- 13 9. Ausschuss Grundrechte bei der Ärztekammer Hamburg: In dem interdisziplinär besetzten
- 14 Ausschuss "Grundrechte" der Ärztekammer Hamburg beschäftigen sich Ärztinnen und Ärzte,
- 15 aber auch eine Richterin sowie eine Theologin mit Fragen zu Grundrechten in der Medizin.
- 16 10. Ein Beispiel aus der Politik:
- 17 <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-4455.pdf>
- 18 So gut und interessant diese Projekte sein können - sie können nicht eine einheitliche, ge-
- 19 setzliche Regelung ersetzen.
- 20 „Welche Medizin wollen wir?“ Der Arzt Michael de Ridder fordert in seinem Buch, den Men-
- 21 schen wieder mehr in den Mittelpunkt ärztlichen Handelns zu stellen: „Patientenwohl und
- 22 Empathie statt Cashflow, Fallpauschale und Bettenpolitik“, so steht es im Verlagstext. Zu-
- 23 nehmend mehr gerät das Wohl der Patient\*innen in den Arztpraxen aus dem Blick, weil vor
- 24 allem ökonomische Vorgaben das ärztliche Handeln bestimmen. Zeit für ein Gespräch, Zeit
- 25 für Erläuterungen bei
- 26 Eingriffen oder für die Bewältigung von Angst: Sie bleibt auf der Strecke. Der Autor, der mehr
- 27 als 35 Jahre als Arzt tätig war, wendet sich gegen eine Medizin, die den Patienten aus dem
- 28 Blick verliert. De Ridder skizziert abschließend in sieben Thesen eine „authentische,
- 29 menschliche und zukunfts feste Medizin“, Wege in eine patientenfreundlichere Zukunft und
- 30 wie das Vertrauen zwischen Arzt und Patient\*innen (Compliance) wiederhergestellt werden
- 31 kann.
- 32 Quelle Michael de Ridder. Welche Medizin wollen wir?
- 33 2. Warum wir den Menschen wieder in den Mittelpunkt ärztlichen Handelns stellen müssen.
- 34 München: Deutsche Verlags-Anstalt. (2015)

## 1 **Antrag 4**

2 AntragstellerIn: Landesverband Schleswig-Holstein

3 Empfehlung der Antragskommission:

### 4 **Demokratie erleben für alle!**

5 Die Bundesarbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt ruft alle Mandatsträgerinnen und Man-  
6 datsträger auf, sich verstärkt um die Teilnehmenden der Orientierungskurse und vergleichba-  
7 rer Kurse zu bemühen und sie in die Parlamente einzuladen. Gleichzeitig fordern wir sie  
8 dazu auf, sich an Mentorenprogrammen zu beteiligen, die sich an politisch interessierte Mig-  
9 rantinnen und Migranten richten, bzw. solche Programme dort zu initiieren, wo sie nicht be-  
10 stehen.

11

#### 12 Begründung:

13 Das Curriculum der Orientierungskurse, die Teil der Integrationskurse sind, sehen bereits die  
14 Möglichkeit vor, Exkursionen zu Parlamenten und ähnlichen Orten der Demokratie durchzu-  
15 führen. Oft machen es die Rahmenbedingungen jedoch den Lehrkräften schwer bis unmög-  
16 lich, diese zu organisieren. Daher fordern wir, dass die Mandatsträgerinnen und Mandatsträ-  
17 ger auf die Schulen und ihre Teilnehmenden zugehen.

18

19

## 20 **Integrationspolitik**

### 21 **Antrag 5**

22 AntragstellerIn: Landesverband Schleswig-Holstein

23 Empfehlung der Antragskommission:

### 24 **Sprachförderung für alle Migranten und Migrantinnen unabhängig** 25 **von der Bleibeperspektive!**

26 1. Alle Menschen, die dauerhaft nach Deutschland ziehen, sollen berechtigt werden, einen  
27 Integrationskurs nach der Integrationskursverordnung der Bundesregierung (IntV) zu besu-  
28 chen, unabhängig von Nationalität und Bleibeperspektive oder Aufenthaltsstatus.

29 2. Auch Menschen mit „schlechter Bleibeperspektive“ soll es ermöglicht werden, nach Errei-  
30 chen des Sprachniveaus B1 einen Aufbaukurs zum Erlangen des Sprachniveaus B2 (z.B.  
31 nach DeuFöV) zu besuchen. Das Sprachniveau B2 nach GER wird als notwendig erachtet,  
32 um beispielsweise eine Ausbildung aufnehmen zu können.



1 3. Es müssen Instrumente zur Förderung des frühkindlichen Spracherwerbs geschaffen wer-  
2 den, um den hier lebenden Kindern von Migrantinnen und Migranten einen bestmöglichen  
3 Einstieg in das deutsche schulische und duale Ausbildungssystem zu ermöglichen. Dies be-  
4 trifft Kinder aller Nationalitäten, insbesondere auch aus osteuropäischen Mitgliedsstaaten  
5 und Kinder geflohener Menschen.

6

7 Begründung:

8 Orientierung und Integration können nur gelingen, wenn die Sprache des Gastlandes be-  
9 herrscht wird. Sprache ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und Wertevermittlung  
10 ebenso, wie zur Partizipation im Schulunterricht oder am Arbeitsmarkt.

11 Die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund ist vielfältig und erstreckt sich von Men-  
12 schen mit Migrationshintergrund in zweiter Generation, Migranten und Migrantinnen mit einer  
13 EU Nationalität (insbesondere aus den osteuropäischen Mitgliedsländern), bis hin zu Geflo-  
14 henen mit „guter“ oder „schlechter“ Bleibeperspektive.

15 Die Gruppe der Geflohenen unterteilt sich momentan in zwei „Klassen“: Syrer, Iraker, Erit-  
16 reer, Iraner und Somali erhalten bereits im Asylverfahren nach Antragsstellung die Möglich-  
17 keit, einen Integrationskurs zu besuchen. Ihre BAMF-Anerkennungsquote liegt über 50%.  
18 Dies wird gleichgesetzt einer „guten Bleibeperspektive“.

19 Tschetschenen, Afghanen und andere Nationalitäten mit einer Anerkennungsquote durch  
20 das BAMF kleiner 50% erhalten den Zugang zu Integrationskursen erst, wenn ihr Asylverfah-  
21 ren erfolgreich abgeschlossen wurde. Bei einer Ablehnung und auch noch während des spä-  
22 teren Klageverfahrens bleibt ihnen der Zugang zum Integrationskurs und somit die Möglich-  
23 keit des strukturierten Spracherwerbs weiterhin verwehrt.

24 Dies hat zur Folge, dass insbesondere Afghanen, aber auch andere Nationalitäten, die sich  
25 z.T. seit mehr als drei Jahren in Deutschland aufhalten, noch immer nicht an einem Integrati-  
26 onskurs teilnehmen konnten.

27 Der fehlende Spracherwerb schlägt sich auf die Integrationsfähigkeit im Ausbildungs- und Ar-  
28beitsmarkt nieder – die Ausbildungsabbruchquote insbesondere bei diesen vom Integrations-  
29kurs exkludierten Gruppen ist hoch, weil das Sprachvermögen nicht den schulischen Anfor-  
30derungen entspricht. Parallel ist jedoch (momentan noch) die Aufnahme einer Ausbildung  
31 gerade für diese Menschen der einzige Weg, um über eine Ausbildungsduldung 3+2 eine  
32 dauerhafte Bleibeperspektive in unserem Land zu entwickeln. Insbesondere in Hinblick auf  
33 den Fachkräftemangel in handwerklichen, gastronomischen und Dienstleistungsberufen ist  
34 es wünschenswert, dass diesen Menschen der Weg in Ausbildung und Arbeit ermöglicht  
35 wird.

36 Zeitgleich sind insbesondere Familien ohne Zugang zum Spracherwerb in der gesellschaftli-  
37chen Integration benachteiligt und deren Kinder doppelt belastet. Da die schulpflichtigen Kin-  
38der die deutsche Sprache in der Schule erlernen, fungieren sie oftmals als Dolmetscher der  
39 Eltern bei Behördengängen und Arztbesuchen – entweder in ihrer Freizeit oder sogar wäh-  
40rend der Unterrichtszeiten. Ihnen wird hiermit eine unangemessene, nicht kindgerechte Ver-  
41antwortung aufgebürdet.

1 Ebenso wird auch ihre eigene Integration dadurch gehemmt, dass die sprachunkundigen El-  
2 tern bspw. von Elterngesprächen, Elternabenden oder allgemeinen Informationen über die  
3 schulische Ausbildung ausgeschlossen sind und ihre Kinder nicht dem allgemeinen Ver-  
4 ständnis nach fördern können. Auch eine elterliche Hausaufgabenbetreuung ist diesen Kin-  
5 dern aufgrund der elterlichen Sprachbarrieren nicht ermöglicht.

6

## 7 **Antrag 6**

8 AntragstellerIn: Landesverband Sachsen

9 Empfehlung der Antragskommission: Empfehlung an den Antragsteller, die Beschreibung der  
10 IntV ggf. in die Begründung zu verschieben und die Forderungen klarer zu formulieren

## 11 **Integrationskurse für Ältere (über 50) für Flüchtlinge, Migranten,** 12 **Asylsuchende**

13

14 Das Bundesamt ist zuständig für die Konzeption und Durchführung von Programmen zur  
15 sprachlichen, gesellschaftlichen und beruflichen Integration.

16 Für die Integration sind Kenntnisse der deutschen Sprache besonders wichtig. Die Basis da-  
17 für wird durch die Integrationskurse geschaffen.

18 § 43 Absatz 1 bestimmt, dass die Integration von rechtmäßig auf Dauer in Deutschland le-  
19 benden Ausländern staatliche Aufgabe ist. Integration wird nicht nur gefördert, sondern auch  
20 gefordert. Dies dient umgekehrt der Klarstellung, dass Integration nicht nur gefördert wird,  
21 sondern dass von Ausländern Integrationsbemühungen auch gefordert werden. Der Umfang  
22 der Förderung richtet sich nach den folgenden Bestimmungen und der auf der Grundlage  
23 des § 43 Absatz 4 erlassenen IntV. Die Integration ist auf die Eingliederung in das wirtschaft-  
24 liche, kulturelle und gesellschaftliche Leben in Deutschland gerichtet.

25 In Satz 3 wird das gesetzgeberische Ziel der erfolgreichen Vermittlung veranschaulicht: Der  
26 Integrationskurs fördert vor allem den zur Kommunikation und zur täglichen Verständigung  
27 unverzichtbaren Erwerb deutscher Sprachkenntnisse sowie den Erwerb von Grundkenntnis-  
28 sen der Rechts- und Wirtschaftsordnung, der Kultur, der Geschichte und der Lebensverhält-  
29 nisse in Deutschland. Wesentlich ist auch die Vermittlung von Rechten und Pflichten, die den  
30 Umgang mit Behörden und anderen Verwaltungseinrichtungen erleichtern und jedem Aus-  
31 länder die eigenständige Orientierung in allen Lebensbereichen ermöglichen soll en.

32 Die Realität sieht anders aus. Die Integrationskurse sind belegt mit großen Altersunterschie-  
33 den zwischen den Kursteilnehmern und zu großen Gruppen. Die Älteren fallen zurück und  
34 können dem Unterrichtsstoff nicht folgen aus den unterschiedlichsten Gründen. Die Sprache  
35 ebenfalls zu erlernen, wie die Jüngeren, ist besonders wichtig. Ältere haben teilweise nicht  
36 die sozialen Kontakte, um ihre Sprachkenntnisse zu erweitern. Hinzu kommt, das Lerntempo  
37 ist im Alter gehemmter. Wenn für Menschen, über 50, nicht gegeben wird die deutsche Spra-  
38 che zu erlernen, haben sie wenig Anteil am gesellschaftlichen Leben. Wir verweisen wieder  
39 auf § 43 Abs. 1.

- 1 In diesem Zusammenhang müssen die Altersstruktur mit einbezogen werden.
- 2 - kleine Gruppen
- 3 - bedarfsgerechte Herangehensweise
- 4 - flexiblere Durchführung der Kurse
- 5 - Gruppen altersdifferenziert zusammenstellen
- 6 - Stundenanzahl erhöhen
- 7 Wir wollen, dass Alle an der gesellschaftlichen Teilhabe mitwirken können, sprachliche Barrierefreiheit mindestens durch ein einfaches verständliches Deutsch gegeben wird.

9  
10

## 11 **Flüchtlingspolitik**

### 12 **Antrag 7**

- 13 AntragstellerIn: Bundesvorstand
- 14 EmpfängerIn: SPD-Bundesparteitag
- 15 Empfehlung der Antragskommission:

### 16 **„Sichere Herkunftsstaaten“ kein Instrument der Sozialdemokratie**

17 Mit dem sogenannten Asylkompromiss Anfang der 90er wurde das Asylrecht in Deutschland  
18 extrem eingeschränkt. Zahlreiche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kehrten in  
19 diesem Rahmen der SPD den Rücken. Mittlerweile ist die Erkenntnis, dass dieser Sündenfall  
20 ein großer Fehler war, Konsens in der SPD. Genauso auch die Beurteilung der einzelnen  
21 Maßnahmen, die mit den Beschlüssen umgesetzt wurden.

22 Hierzu gehört auch die Regelung zu „sicheren Herkunftsstaaten“, in denen Geflüchteten  
23 keine Verfolgung oder unmenschliche Behandlung drohen und somit kein Anspruch auf Asyl  
24 bestehen würde. Diese Politik wurde seitdem von zahlreichen Sozialdemokratinnen und So-  
25 zialdemokraten kritisiert. Wir halten an der Kritik fest und fordern alle sozialdemokratischen  
26 Entscheidungsträgerinnen und -träger auf, den Versuch der ständigen Ausweitung dieses In-  
27 struments eine Absage zu erteilen.

28 Uns ist bewusst, dass man mit Vertragstreue und verhandelten Kompromissen argumentie-  
29 ren kann, jedoch lehnen wir es strikt ab, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten so  
30 tun, als ob das Instrument der „sicheren Herkunftsstaaten“ ein Herzensanliegen der SPD  
31 wäre.

32

## 1 **Antrag 8**

2 AntragstellerIn: Landesverband Schleswig-Holstein

3 Empfehlung der Antragskommission: A8+A9: Bitte an die beiden Antragsteller, die Anträge  
4 zusammenzuführen. (Federführung LV SH)

## 5 **Für eine humanitäre Asylpolitik - gegen Seehofers Hau-Ab-Gesetze!**

6 Wir lehnen die am 17.9.2019 im Bundeskabinett beschlossenen Verschärfungen im sog. Ge-  
7 ordnete-Rückkehr-Gesetz und im Dritten Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungs-  
8 gesetzes ab!

### 9 **Gegen die Kürzungen und Verschärfungen im Asylbewerberleistungsgesetz**

10 Wir lehnen die Pläne ab, dass für Geflüchtete, die in anderen EU-Ländern anerkannt sind,  
11 nach zwei Wochen die Leistungen komplett gestrichen werden sollen. Solange in EU-Staa-  
12 ten wie Italien, Griechenland und Bulgarien für Asylberechtigte inakzeptable Bedingungen  
13 herrschen, kann dies nicht hingenommen werden. Der Leistungsausschluss verstößt gegen  
14 Art 1. Grundgesetz.

15 Auch lehnen wir die Pläne ab, alleinstehenden Erwachsenen, die in Sammelunterkünften  
16 wohnen, die Leistungen weiter zu kürzen, mit der Begründung, diese bildeten eine "Schick-  
17 salsgemeinschaft" und würden daher gemeinsam wirtschaften. Alle, die eine Gemeinschafts-  
18 unterkunft von innen gesehen haben, wissen, wie absurd diese Behauptung ist. Auch diese  
19 Kürzungen lehnen wir als verfassungswidrig ab!

20 Des Weiteren lehnen wir jegliche Sanktionierung bei Integrations- und Sprachkursen ab und  
21 verurteilen die zwanghafte Teilnahmeverpflichtung bei Maßnahmen.

### 22 **Gegen die Ausweitung der Abschiebehaft**

23 Wir lehnen eine Abschiebehaft generell ab, und sind gegen die vorgesehene Ausweitung der  
24 Abschiebehaft. Es widerspricht dem Rechtsstaatsprinzip, wenn Menschen inhaftiert werden  
25 können, indem ihnen schlicht Fluchtgefahr unterstellt wird und sie dann nicht mal - anders  
26 als im Strafrecht - einen juristischen Beistand gestellt bekommen. Die Inhaftierung stellt den  
27 stärksten Eingriff in die persönliche Freiheit des Menschen dar und sollte nur als letztes Mit-  
28 tel zum Einsatz kommen.

29 Das Vorhaben, Abschiebehaft in normalen Gefängnissen durchzuführen, widerspricht klar  
30 europäischem Recht, wie auch der EuGH geurteilt hat.

### 31 **Gegen die Kriminalisierung von Helferinnen und Helfern aus der Zivilgesellschaft**

32 Das Ansinnen, den gesamten Ablauf einer Abschiebung als Amtsgeheimnis im Sinne von §  
33 353b StGB zu deklarieren, lehnen wir als unverhältnismäßig ab. Dadurch, dass selbst Tatsa-  
34 chen, die den Betroffenen wie bereits bekannt sind, als Geheimnis eingestuft werden, führt  
35 dies zu einer massiven Einschüchterung von Akteur\*innen der Zivilgesellschaft, die sich des  
36 Verdachts der Beihilfe zur Verletzung des Dienstgeheimnisses aussetzen. Daher lehnen wir  
37 deren Kriminalisierung ab!

## 1 **Gegen die Einführung einer verschärften Duldungsregelung**

2 Die Pläne sehen die Einführung einer neuen verschärften Duldung für Personen mit “unge-  
3 klärter Identität” vor. Diese Menschen sollen pauschal mit Arbeitsverbot und Wohnsitzauflage  
4 belegt werden. Wir lehnen diese Regelungen als unnötig ab, da genau diese Sanktionen so-  
5 wieso jetzt schon möglich sind.

6 Unter diese Regelung sollen jedoch nicht nur Menschen fallen, deren Identität nicht bekannt  
7 ist, sondern auch diejenigen, die angeblich ihre Passbeschaffungspflicht nicht erfüllen.  
8 Schon jetzt gibt es zahlreiche Fälle, in denen es den Betroffenen unmöglich ist, dem nachzu-  
9 kommen. Diese Regelung wird zahlreiche Menschen in eine prekäre Aufenthaltslage treiben  
10 und vor allem minderjährigen Geflüchteten trotz guter Integration die Perspektive nehmen,  
11 zumal die Zeit in dieser Duldung nicht als Vorduldungszeit für Bleiberechtsregelungen gelten.  
12 Wir lehnen diese Regelungen daher ab.

13

## 14 **Antrag 9**

15 AntragstellerIn: Landesverband Baden-Württemberg

16 EmpfängerIn: SPD Bundestagsfraktion, SPD Bundesvorstand

17 Empfehlung der Antragskommission: A8+A9: Bitte an die beiden Antragsteller, die Anträge  
18 zusammenzuführen. (Federführung LV SH)

## 19 **Kompromisse in der Koalition haben auch Schmerzgrenzen – das** 20 **„Geordnetes Rückkehr-Gesetz ist ein Hohn für alle, die sich für Men-** 21 **schen in Not einsetzen und muss gestoppt werden“ – Schmerz-** 22 **grenze für die SPD ist mehr als überschritten**

23 Die AG Migration und Vielfalt fordert den SPD Bundesvorstand und die SPD Bundestags-  
24 fraktion auf, die Einführung des „Geordnetes Rückkehr-Gesetzes“ von Innenminister  
25 Seehofer, unverzüglich zu stoppen.

26

### 27 Begründung:

28 Der Koalitionspartner hat mit diesem Gesetzesentwurf die Denkweise der Rechtspopulisten  
29 aufgegriffen, der die Sozialdemokratische Partei auf keinen Fall folgen kann.

30 1. Bestrafungen von Menschen, die Flüchtlinge unterstützen – das würde zur Folge haben,  
31 dass Flüchtlingshelfer durch dieses Gesetz kriminalisiert werden, wodurch die Angst vor  
32 dieser Entwicklung viele Menschen davon abhalten würde, sich in diesem Bereich ehren  
33 amtlich zu engagieren.

- 1 2. Abgelehnte Asylbewerber, die bei der Offenlegung ihrer Identität nicht mitwirken, sollen  
2 eine „Duldung-Light“ erhalten, was zur Folge hätte, dass sie von jeglichen Integrationsan-  
3 geboten ausgeschlossen werden. Die Folge: sie könnten jahrelang in Deutschland leben,  
4 ohne die Sprache zu erlernen und somit auch dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung ge-  
5 stellt werden. Somit werden Menschen bewusst durch diese Maßnahmen entrechtet.
- 6 3. Ausreisepflichtige sollen in Justizvollzugsanstalten untergebracht werden. Das verstößt  
7 gegen Europarecht und ist in allen humanitären Aspekten mehr als skandalös.
- 8 4. Erwerbsfähige Geduldete sollen, trotz des bestehenden 3 plus 2 Gesetzes, abgeschoben  
9 werden können, obwohl viele Arbeitgeber sich vehement für „ihre“ Mitarbeiter\*innen ein-  
10 setzen und diese hierbehalten möchten.

11 Die SPD ist die Partei, die sich seit vielen Jahren für einen humanitären Umgang mit  
12 Asylsuchenden eingesetzt hat. Hier war und ist uns das „Recht auf Asyl“, welches in unse-  
13 rem Grundgesetz (Art. 16a, GG) verankert ist, Grundlage unseres Handelns.

14 Menschenwürde würde mit diesem Gesetz mit Füßen getreten werden. Jegliche Integration  
15 der hier lebenden Asylbewerber würde zum Erliegen kommen. Das kann und darf nicht Ziel  
16 eines Gesetzes sein. Aus diesem Grund fordern wir den sofortigen Abbruch der Beratungen  
17 zu diesem Gesetz. Auch wenn man mit dem Thema Migration und Flucht keine Wahlen ge-  
18 winnen kann, so erwarten unsere Mitglieder und unsere Wähler\*innen, dass wir in dieser  
19 Frage klare Kante und Haltung zeigen. Mit der Tolerierung dieses Gesetzes zeigen wir dies  
20 nicht, sondern befördern die Vorurteile, das uns jedes Mittel recht ist, um weiter in der Regie-  
21 rung zu bleiben.

22

## 23 **Antrag 10**

24 AntragstellerIn: Landesverband Baden-Württemberg

25 EmpfängerInnen: SPD Bundestagsfraktion, Bundes-AG Migration & Vielfalt, SPD Fraktion im  
26 Europaparlament, SPD Bundesvorstand, SPD Bundesparteitag

27 Empfehlung der Antragskommission:

## 28 **Beschäftigungsduldung**

29 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, den vorliegenden Gesetzesentwurf zur Beschäfti-  
30 gungsduldung abzulehnen.

31

### 32 Begründung:

33 Die SPD kämpft seit Jahren für den „Spurwechsel“ vom Asylverfahren in ein Einwanderungs-  
34 verfahren. Der vorliegende Gesetzesentwurf widerspricht allen Forderungen der SPD.

35 Die im Gesetz genannten Voraussetzungen zur Erlangung der Beschäftigungsduldung sind  
36 ein Rückschritt. Die Voraussetzungen zur Erlangung einer Beschäftigungsduldung werden

1 von den meisten Betroffenen nicht erfüllt. Vor allem die Forderung, dass vor der Erteilung ei-  
2 ner Beschäftigungsduldung eine andere Duldung für mindestens 12 Monate bestanden ha-  
3 ben muss.

4 Viele beschäftigte Migranten leben und arbeiten mit einer Aufenthaltsgestattung. Für diese  
5 gilt die vorgebliche Rechtssicherheit nicht. Im Gegenteil, sie müssen aus dem Asylverfahren  
6 aussteigen, um eine Duldung zu erhalten. Da sie dann für die Erlangung der Ausbildungsdul-  
7 dung Forderungen erfüllen müssen, die gemäß dem geordneten Rückführungsgesetz diese  
8 Rückführung (also Abschiebung) ermöglichen, würden sie 12 Monate permanent der Gefahr  
9 der Abschiebung ausgesetzt sein.

10 Folgende Aussage in der Begründung zum Gesetzesentwurf verdeutlicht die wahre Absicht  
11 dieses Gesetzes:

12 *„Durch die Anforderung des Besitzes einer Duldung seit zwölf Monaten in Absatz 1 Nummer*  
13 *2 wird ausgeschlossen, dass unter Umständen die Beschäftigungsduldung direkt anschlie-*  
14 *ßend an einen abgelehnten Asylbescheid erteilt wird. Der Zeitraum gibt den Ausländerbehör-*  
15 *den die Möglichkeit, aufenthaltsbeende Maßnahmen durchzuführen.*

16

## 17 **Antrag 11**

18 AntragstellerIn: Landesverband Rheinland-Pfalz

19 EmpfängerInnen: SPD-Parteivorstand, SPD-Landtagsfraktionen

20 Empfehlung der Antragskommission:

## 21 **Unterstützung des Kirchenasyls durch die SPD**

22 Die Bundeskonferenz ruft die Parteivorstände der SPD im Bund wie in den Ländern dazu  
23 auf, sich nachdrücklich und im vollsten Vertrauen zur langjährigen Tradition des Kirchenasyls  
24 zu bekennen und sich mit den Vertreterinnen und Vertretern der Kirchen und Religionsge-  
25 meinschaften solidarisch in unserer gemeinsamen Verantwortung für eine humane, verbindli-  
26 che und funktionierende Asylrechtsordnung zu erklären.

27 Die SPD möge erklären, dass sie sich entschieden gegen polizeiliche und ordnungsbehördli-  
28 che Maßnahmen zur Beendigung eines Kirchenasyls im Konfliktfall wendet und den Respekt  
29 gegenüber dem Kirchenasyl als sozialdemokratische Verpflichtung auffasst.

30

### 31 Begründung:

32 A. Rolle und Notwendigkeit des Kirchenasyls

33 Menschen in Not wenden sich seit Jahrhunderten an die Kirchen und Religionsgemeinschaf-  
34 ten in unserem Land. Sie suchen Schutz, Hilfe und Anerkennung. Diesem Grundbedürfnis,  
35 Hoffnung auf Rettung aus scheinbar ausweglosen Situationen Gestalt und Gehör zu geben,

1 sehen sich die christlichen Kirchen und weitere Religionsgemeinschaften ihrem Wesen nach  
2 verpflichtet.

3 Die Praxis des Kirchenasyls begründet sich auf Absprachen und Vereinbarungen mit den  
4 Bundes- und Landesbehörden. Es gilt als ultima ratio, als letztmögliches Mittel, um in be-  
5 gründeten Fällen eine erneute Prüfung in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Einzelfällen zu er-  
6 möglichen. Mit der Gewährung von Asyl in der Kirche werden dafür die Voraussetzungen ge-  
7 schaffen.

8 Kirchengemeinden und Religionsgemeinschaften gewähren Aufenthalt und Unterkunft in ih-  
9 ren Einrichtungen, übernehmen die damit verbundenen Kosten und Verantwortlichkeiten.  
10 Dadurch wird ein weiterer Aufenthalt bis zur abschließenden Beurteilung des Einzelfalls er-  
11 möglicht.

12 B. Notwendigkeit des Bekenntnisses durch anlassgebende aktuelle Praxis

13 Zwar nur vereinzelt, aber in den jeweiligen Fällen gleichsam tragisch waren in der jüngeren  
14 Vergangenheit polizeiliche und ordnungsbehördliche Maßnahmen zur Beendigung von Kir-  
15 chenasylen zu beklagen (Spiegel-Online 2018). Dort, wo die SPD die entsprechende politi-  
16 schen bzw. exekutive Verantwortung mitträgt, hat sie sich nach Wahrnehmung der Antrag-  
17 stellenden bislang überwiegend zurückhaltend positioniert.

18 Eine strafrechtliche Verfolgung von Pfarrer\*innen, Priestern, und Ordensleuten, die Kirchen-  
19 asyl gewährt haben, ist mit sozialdemokratischen Werten unvereinbar. Sie ist Ausdruck einer  
20 erschreckenden Tendenz, das Engagement in der Flüchtlingshilfe zu diffamieren und zu kri-  
21 minalisieren.

22 Die Bekräftigung bzw. Herausbildung einer klaren Haltung und klarer Handlungsempfehlungen  
23 durch die SPD ist daher notwendig.

24 C. Rechtliche wie politische Unschädlichkeit des Bekenntnisses

25 Die bestehende Pflicht zur Ausreise wird durch das Kirchenasyl nicht aufgehoben. Es dient  
26 lediglich in begründeten Einzelfällen dazu, eine irreversible Faktenschaffung spontan und vor-  
27 läufig abzuwenden. Der durch das Kirchenasyl erreichte Schutz bezieht sich ausschließlich  
28 auf die aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen (Töppler 2003).

29 Die Kirchen haben sich verpflichtet, Kirchenasyl nur in begründeten Fällen zu gewähren. Die  
30 Gewährung erfolgt in unmittelbarer Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und  
31 Flucht (BaMF) und den kommunalen Ausländerbehörden. Komplexe und sensible Rechtskon-  
32 flikte konnten bislang stets auf der Grundlage unserer rechtsstaatlichen Ordnung und dem  
33 gebotenen Maß an Humanität gelöst werden (Spiegel-Online 2015).

34 Die SPD Rheinland-Pfalz erklärt in einem zur Antragstellung noch im Entwurf befindlichen Po-  
35 sitionspapier zum Kirchenasyl, dass sie keine Anzeichen dafür sieht, dass die Kirchen und  
36 Religionsgemeinschaften ihre besondere Verantwortung in der Praxis der Gewährung von Kir-  
37 chenasyl nicht wahrnehmen oder erfüllen. Sie kann keine Zweifel an der Integrität der agie-  
38 renden Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften erkennen.

39 Mit dem Aufruf wird somit lediglich an rechtssichere wie langjährig bewährte und reibungslose  
40 Handhabe erinnert.



## 1 **Antrag 12**

2 AntragstellerIn: Landesverband Nordrhein-Westfalen

3 EmpfängerInnen: SPD Bundestagsfraktion, Bundes-AG Migration & Vielfalt

4 Empfehlung der Antragskommission: Auf den Widerspruch zur Beschlusslage der Buko 2017  
5 wird hingewiesen

### 6 **Der Familiennachzug ist ein elementarer Grundstein für eine gelin-** 7 **gende Integration**

8 Von 2016 bis Mitte 2018 wurde der Familiennachzug für Subsidiär Schutzberechtigte ausge-  
9 setzt. Subsidiären Schutz erhalten Menschen, die oftmals nicht als politisch Verfolgte im  
10 Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt werden, sondern nur den untergeordne-  
11 ten und vorläufigen Status zum Schutz vor dem Bürgerkrieg in einem Land erhalten. Nach  
12 zähem Ringen einigte sich die Große Koalition im vergangenen Jahr darauf, den Familien-  
13 nachzug bei subsidiär schutzberechtigten Kriegsflüchtlingen ab August 2018 auf 1000 Perso-  
14 nen pro Monat zu begrenzen. Lediglich für die ersten fünf Monate nach Wiedereinführung  
15 des Familiennachzugs wurde vereinbart, dass die nichtausgeschöpften Monatskontingente in  
16 den folgenden Monat übertragen werden dürfen.

17 Im Jahr 2018 wurden jedoch insgesamt nur 3260 Anträge auf Familiennachzug bewilligt, wo-  
18 bei 5000 laut Koalitionsvertrag Seite 105, Zeile 4885ff. möglich gewesen wären. Die Zahl von  
19 300.000 Menschen, die angeblich durch den Familiennachzug für Kriegsflüchtlinge nach-  
20 kommen wollen würden und von Bundesinnenminister Horst Seehofer in die Welt gesetzt  
21 wurde, hat sich bei weitem nicht bewahrheitet. Wie aus einer Antwort des Auswärtigen Am-  
22 tes auf eine Anfrage der Linkspartei-Bundestagsfraktion hervorgeht, liegen derzeit rund  
23 28.000 Anfragen für den Familiennachzug durch subsidiär geschützte Kriegsflüchtlinge vor.

24 Deshalb fordern wir:

25 - dass das Restkontingent aus dem Jahr 2018 in das Jahr 2019 übertragen wird.

26 - dass das Bundesinnenministerium dafür Sorge trägt, dass die Bearbeitung der Anträge zü-  
27 giger erfolgt und das monatliche Kontingent erfüllt wird.

28 - dass das monatliche Kontingent soweit erhöht wird, dass die 28.000 Menschen, welche die  
29 Anfrage auf Familiennachzug bereits gestellt haben, sobald wie möglich spätestens jedoch  
30 bis Ende 2019 zu ihren Familienangehörigen können.

31

#### 32 Begründung:

33 Durch die Einschränkungen im Familiennachzug verhindern wir über viele Jahre wertvolle  
34 Integrationschancen. Die vom Parteitag eingeforderte weitergehende Härtefallregelung – da  
35 die bisherige mit weniger als 100 Fällen pro Jahr völlig unwirksam war – konnte ohnehin

1 schon nicht durchgesetzt werden. Diese Härtefallregelung, welche vermutlich ebenfalls wie-  
2 der nur wenige Menschen betrifft, belastet zudem die Hilfsorganisationen für Geflüchtete und  
3 die Verfassungsgerichte aufs Neue.

4 Quellenangaben:

5 Bundesinnenministerium: 2612 Visa wurden erteilt, 3260 Anträge auf Familiennachzug wur-  
6 den bewilligt (Quelle: <http://www.migazin.de/2019/01/10/familiennachzug-nicht-millionen-son->  
7 [dern-nur-25-000/](http://www.migazin.de/2019/01/10/familiennachzug-nicht-millionen-son-))

8 Antwort des Auswärtigen Amts auf eine Anfrage der Linken im Bundestag: Anfragen von  
9 25.000 Syrern und 3.000 Irakern = 28.000 (Quelle: <http://www.migazin.de/2019/01/10/famili->  
10 [ennachzug-nicht-millionen-sondern-nur-25-000/](http://www.migazin.de/2019/01/10/familiennachzug-nicht-millionen-sondern-nur-25-000/))

11 <https://www.proasyl.de/news/so-schleppend-verlaeuft-der-familiennachzug-fuer-kriegs->  
12 [fluechtlinge/](https://www.proasyl.de/news/so-schleppend-verlaeuft-der-familiennachzug-fuer-kriegs-)

13

## 14 **Antrag 13**

15 AntragstellerIn: Landesverband Hessen-Nord

16 EmpfängerInnen: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesminister

17 Empfehlung der Antragskommission:

## 18 **Folter im Offshore-Lager auf Nauru beenden**

19 Die SPD-Bundesminister (hier insbesondere der Außenminister Heiko Maas) und die SPD-  
20 Bundestagsfraktion in der Regierungskoalition werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen,  
21 dass die menschenunwürdigen Bedingungen für die Flüchtlinge in Australien, auf der Insel  
22 Nauru, beendet werden.

23 Ein deutliches Signal soll von Deutschland ausgehen, indem die Bundesregierung das Bünd-  
24 nis aus Menschenrechtsgruppen, Kinderschutzbüänden, Kirchen und Wohltätigkeitsorganisati-  
25 onen in Melbourne ihrer „Kampagne #KidsoffNauru“ öffentlich unterstützt und einen Appell  
26 an die Regierung in Australien sendet mit der Forderung, die Lager aufzulösen.

27

28 Begründung:

29 Die geistige Gesundheit der Asylsuchenden nimmt ständig rapide ab. Die UNO spricht von  
30 Folter. Die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ mußten die Insel auf Geheiß der australi-  
31 schen Regierung verlassen.

32 Kinder sind Schutzbefohlene. Sie verdienen besonderen Schutz überall auf der Welt, da sie  
33 für ihre Herkunft nichts können. Die untragbaren Zustände der Flüchtlinge in dem Offshore-  
34 Lager auf Nauru treffen vor allem Kinder. Sie leiden unter traumatischen Rückzugssyndro-  
35 men, sind halbkomatös, sie essen, trinken, und sprechen nicht.

1 Gerade Deutschland hat aufgrund seiner historischen Vergangenheit eine besondere Ver-  
2 pflichtung des „Hinschauens“ und „Handelns“. Deshalb muss alles dafür getan werden, um  
3 die „Folter“ auf Nauru zu beenden.

4

## 5 **Antrag 14**

6 AntragstellerIn: Landesverband Saar

7 Empfehlung der Antragskommission:

### 8 **Willkürliche und haltlose Lagebewertungen des BAMF unterbinden**

9 Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bewertet seit März d. J. die Lage in Syrien in  
10 seinen internen Herkunftsländer-Leitsätzen neu. Demzufolge wird etlichen syrischen Flücht-  
11 lingen der internationale Schutzstatus derzeit verwehrt und lediglich ein Abschiebeverbot  
12 ausgesprochen. Laut den Ausführungen des BAMF sei nur noch in vereinzelt Regionen  
13 Syriens von bewaffneten Konflikten auszugehen (Idlip, Raqqa, Daraa,..). Eine Offenlegung,  
14 wie es zu dieser Einschätzung gelangt ist, ist nach wie vor nicht erfolgt.

15 Abgesehen davon, dass es einfach nicht stimmt, dass zurückkehrende/abgeschobene Sy-  
16 rer\*innen vor Kriegshandlungen in Sicherheit seien, solange sie sich in Orten wie der Haupt-  
17 stadt oder anderen Assad-regierten Regionen niederließen, droht ihnen nach wie vor willkür-  
18 liche Verfolgung, Inhaftierung, Folter und Tod.

19 Abgesehen davon, dass selbst der IS in Syrien noch umtriebiger ist und die Bevölkerung mit  
20 willkürlichen Terroranschlägen zermüht, sind die ethnischen Fronten im Land mittlerweile so  
21 verhärtet, dass z. B. arabische Syrer keinesfalls in ihre Heimatorte zurückkehren können,  
22 wenn diese von kurdischen Milizen oder Regierungstruppen bzw. deren Verbündeten über-  
23 nommen wurden und umgekehrt.

24 Abgesehen davon, dass wir es schon aus humanitären und völkerrechtlichen Grundsätzen  
25 her nicht verantworten können, Menschen in eine unsichere, lebensbedrohliche Umgebung  
26 abzuschicken, liegt vom Auswärtigen Amt ein öffentlicher Lagebericht vom November 2018  
27 vor, der unmissverständlich deutlich macht, dass es in keinem Teil des Landes Schutz vor  
28 willkürlicher Verhaftung und Folter gibt. Rechtssicherheit besteht in Syrien erwiesenermaßen  
29 nicht.

30 Weiterhin hat die aktuelle Vorgehensweise des BAMF zur Folge, dass Flüchtlinge, die fortan  
31 keinen Schutzstatus mehr erhalten, auch keinen Rechtsanspruch auf Familiennachzug erhal-  
32 ten. Außerdem ist es praktisch nicht möglich, sich aktiv und passiv um Integration und den  
33 Zugang zum Arbeitsmarkt zu bemühen.

34 Wir fordern die Bundesregierung auf, das Assad-Regime nicht zu bagatellisieren und sich  
35 der humanitären und völkerrechtlichen Grundsätze und Verantwortung zu besinnen. Es darf  
36 nicht sein, dass dem BAMF die Macht gegeben wird, willkürlich Tatsachen zu schaffen, die  
37 nicht der Wirklichkeit entsprechen. Wir fordern weiterhin, dass die derzeitige Verfahrens-  
38 weise des BAMF sofort eingestellt und zum ursprünglichen Verfahren zurückgekehrt wird.

## 1 **Antrag 15**

2 AntragstellerIn: Landesverband Rheinland-Pfalz

3 EmpfängerIn: SPD-Parteivorstand

4 Empfehlung der Antragskommission: Empfehlung, den Antrag an den BPT statt an den PV  
5 zu richten.

## 6 **Zur Situation der afghanischen Ortskräfte in Afghanistan und in der** 7 **Bundesrepublik Deutschland**

8 1. Die Bundeskonferenz ruft die Parteivorstände der SPD im Bund wie in den Ländern dazu  
9 auf, mit Sorge dafür zu tragen,

10 a. dass die Bundesregierung ihrer moralischen Verpflichtung wie ihrem Versprechen, afgha-  
11 nische Ortskräfte zeitnah und unbürokratisch in Sicherheit zu bringen, nachkommt,

12 b. dass die Bundesregierung ein starkes wie verbindliches Zeichen gegenüber jenen deut-  
13 schen Soldaten und Exsoldaten setzt, die sich ehrenamtlich um die ehemaligen und aktuel-  
14 len afghanischen Ortskräfte kümmern (oft ehemalige oder aktuelle Vorgesetzte oder Kame-  
15 raden der Ortskräfte bzw. kameradschaftliche Verbundene), indem sie deren Bemühungen  
16 um Integration und eine Zukunft in Deutschland aktiv unterstützt und begleitet.

17 2. Die Parteivorstände der SPD im Bund wie in den Ländern werden aufgefordert,

18 a. dafür Sorge zu tragen, dass die Aufenthaltsgenehmigungen nach §22 Abs. 22 AufenthG,  
19 welcher derzeit gemäß gut informierter journalistischer Kreise „nach an sicherheitsgrenzender  
20 Wahrscheinlichkeit durch eine Weisung aus dem Bundesinnenministerium aus unbekanntem  
21 Gründen bis Ende 2019 befristet werden“ unverzüglich nach der geltenden Rechtsnorm be-  
22 arbeitet und beschieden werden,

23 b. das bestehende Verfahren zur Erteilung einer dauerhaften und unbegrenzten Aufenthalts-  
24 genehmigung kritisch zu hinterfragen und den Zugang zu erleichtern.

25 3. Die Parteivorstände der SPD im Bund wie in den Ländern werden aufgerufen, eine ent-  
26 sprechend fraktions- wie länderübergreifende Initiative zu prüfen und zu initiieren.

27

### 28 Begründung:

29 Der Dienst am Hindukusch, wo seit 2002 deutsche Soldatinnen und Soldaten stationiert sind,  
30 ist gefährlich.

31 Das gilt für unsere Bürger\*innen in Uniform ebenso wie für die sogenannten Ortskräfte. Das  
32 sind afghanische Staatsbürger, die beispielsweise als Übersetzer, Wächter oder Köche o.ä.  
33 vor Ort für die Bundeswehr oder für andere deutsche Ministerien und Behörden arbeiten.

34 Nach Kastner

1 (2018) arbeiten derzeit 576 Afghanen für Bundesministerien, überwiegend für das Verteidi-  
2 gungsressort. Weitere 1300 Ortskräfte arbeiten für Institutionen, die im Auftrag des Entwick-  
3 lungsministeriums tätig sind.

4 Viele dieser Ortskräfte wurden und werden wegen ihrer Arbeit für die Bundesrepublik vor al-  
5 lem durch die wieder erstarkte Taliban bedroht, sogar mit dem Tod. Um diesen

6 Menschen zu helfen, gibt es das sogenannte Ortskräfteverfahren, über das die Ortskräfte  
7 und ihre Familien Schutz in Deutschland finden können. Auf diesem Weg schafft es derzeit  
8 allerdings fast niemand mehr nach Deutschland in die Sicherheit. Etwa 740 dieser Ortskräfte  
9 mit ihren 2370 Angehörigen (ebd.), die vor Ort konkret oder latent bedroht wurden, haben  
10 laut Bundesregierung bisher in Deutschland Schutz gefunden. Sie müssen nicht das Asylver-  
11 fahren durchlaufen, sie erhalten humanitären Schutz. Bei der Prüfung der Gefährdung  
12 wende man "einen großzügigen Maßstab an", versicherte die Bundesregierung 2014.

13 2018 wurde bis September keine einzige Aufnahme nach Deutschland mehr zugesagt, im  
14 gesamten Vorjahr waren es nur noch vier. Zugleich wurden seit Mitte 2017, als die deutsche  
15 Botschaft bei einem Anschlag stark beschädigt wurde, knapp 80 Schutzanträge abgelehnt.  
16 Das Potenzial an Antragstellenden kann derzeit als 80 in jedem Falle im dreistelligen Bereich  
17 beziffert werden.

18 Eine große Zahl ehemaliger Ortskräfte befindet sich daher in einem Protestcamp in Masar-i-  
19 Sharif im Hungerstreik. afghanische wie aber auch deutsche Bürgerinnen und Bürger, die  
20 bereit waren, Ihr Leben und ihre Gesundheit in der Verteidigung unserer demokratischen  
21 Werte zu opfern, sollten nicht erfahren müssen, dass ihr Schicksal und ihre Zukunft, sowie  
22 das ihrer afghanischen Kameraden, den politisch Verantwortlichen gleichgültig ist.

23

## 24 **Antrag 16**

25 AntragstellerIn: Landesverband Schleswig-Holstein

26 Empfehlung der Antragskommission:

## 27 **Resolution gegen Abschiebungen von afghanischen Staatsangehöri-** 28 **gen**

29 Die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in der SPD ruft dazu  
30 auf, dass Abschiebungen von afghanischen Staatsangehörigen, welche weder Straftäter  
31 noch Gefährder sind, sofort auszusetzen.

### 32 Begründung:

33 Die Sicherheitslage in Afghanistan ist weiterhin volatil mit steigenden Opferzahlen aufgrund  
34 von Anschlägen und Kampfhandlungen. In allen 34 Provinzen wurden in 2018 Kampfhand-  
35 lungen ausgeführt. Die Zahl der zivilen Opfer ist 2018 auf über 11.000 gestiegen (Quelle:  
36 UNAMA). Die Zahl der Opfer von in- und ausländischen Streitkräften wird auf über 44.600  
37 geschätzt. (Quelle: Uppsala Data Conflict Program) und ist ebenfalls erneut gestiegen. Bei

1 diesen Zahlen handelt es sich aufgrund der unsicheren Datenlage um Schätzzahlen – die  
2 Dunkelziffer dürfte höher liegen.

3 Die Vereinten Nationen haben Afghanistan im Herbst 2017 von einem „post-conflict country“  
4 auf ein „country in conflict“ herabgestuft.

5 Aufgrund der ethnischen Vielfalt im Land sind inländische Fluchtgebiete selten vorhanden.  
6 Ein Paschtune aus Jalalabad z.B. kann sich und seine Familie nicht ohne weiteres in Herat  
7 ansiedeln.

8 Im Gegensatz zu Deutschland existiert in Afghanistan keinerlei Sozialsystem, so dass Men-  
9 schen ohne familiäres Netzwerk in vielen Fällen der Obdachlosigkeit und dem Hunger preis-  
10 gegeben sind.

11 Viele der afghanischen Staatsbürger, welche in der Bundesrepublik um Schutz ersucht ha-  
12 ben, haben in Afghanistan keinerlei soziale Wurzeln mehr. Sie sind in Pakistan oder im Iran  
13 aufgewachsen und kennen weder das Land noch haben sie dort sozialen Rückhalt, um sich  
14 eine Existenz aufzubauen. Etwa 70% der Abgeschobenen verlassen das Land bereits we-  
15 nige Wochen nach der Ankunft wieder. (Quelle: Abdul Ghafoor, Afghan Migrants Advice and  
16 Support Organisation)

17 Hinzukommen in den halbwegs sicheren Provinzen große Zahlen von Internally Displaced  
18 People, IDPs, welche selbst um die knappen Ressourcen wie Wasser, Nahrung, Unterkunft  
19 und Arbeit ringen. Ihre Zahl wird auf ca. 360.000 geschätzt. In den Wettstreit um diese Res-  
20 sourcen fallen auch Flüchtlinge aus den Nachbarländern Iran und Pakistan, welche seit 2015  
21 vermehrt ausgewiesen werden. Die Anzahl der aus diesen Ländern Abgeschobenen wird auf  
22 etwa 500.000. pro Jahr geschätzt (Quelle: UNHCR).

23 Die Arbeitslosigkeit im Land beträgt über 60%. Aufgrund des Klimawandels leidet Afghanis-  
24 tan seit Beginn 2018 unter einer Dürrekatastrophe, welche die Nahrungsknappheit weiter  
25 verschärft. Im März und April 2019 starben mehrere Dutzend Menschen bei Flutkatastro-  
26 phen. Wichtige Infrastruktur, wie z.B. Brücken, wurde zerstört. DTM/IOM hat zudem einen  
27 starken Anstieg von Klimaflüchtlingen verzeichnet, alleine in der Provinz Herat im Februar  
28 2019 etwa 500 Familien (Quelle: DTM/IOM).

29 Etwa 40% der Afghanen leben unterhalb der Armutsgrenze, viele von ihnen Kinder und  
30 Frauen. Die Gewalt gegen Frauen in Afghanistan ist weiterhin exorbitant hoch.

31 Eine Abschiebung in ein durch Krieg, Korruption und Klimawandel destabilisiertes Land wi-  
32 derspricht dem Verständnis der Einhaltung der Menschenrechte. Vielmehr soll afghanischen  
33 abgelehnten Asylbewerbern und Asylbewerberinnen die Möglichkeit gegeben werden, sich  
34 sprachlich, gesellschaftlich und in den Arbeitsmarkt zu integrieren, um den hier vorherr-  
35 schenden Fachkräftemangel z.B. in Gastronomie und Hotellerie, Dienstleistung und Hand-  
36 werk zu lindern und ihnen eine dauerhafte Bleibeperspektive zu bieten.

## 1 **Antrag 17**

2 AntragstellerIn: Landesverband Nordrhein-Westfalen

3 EmpfängerInnen: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, sozialdemokratischen Bundesminister\*innen

5 Empfehlung der Antragskommission: Empfehlung an den Antragsteller, ggf. den 1. Teil zu streichen (die ersten vier Absätze) und den Fokus auf den 2. Teil zu legen.

## 7 **Freiwillige Rückkehr fördern statt repressiv ausweisen**

8 Die Bundeskonferenz der AG Migration und Vielfalt soll im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die Bundespartei, die Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Bundesminister\*innen einwirken, dass die im Referent\*innenentwurf des Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht vorgesehenen Verschärfungen bei Abschiebungen abgeschwächt werden. Der Referent\*innenentwurf des zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht sieht unter anderem in § 60b AufenthG eine Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht, eine „Duldung light“, vor. Diese lehnen wir ab.

15 Diese „Duldung light“ erhalten auch Personen, die keine Reisedokumente vorlegen können oder die Passbeschaffungspflicht nicht erfüllen, und damit auch Menschen, die seit Jahren oder gar Jahrzehnten in Deutschland leben. Gerade der ohnehin schon unsichere Status dieser Menschen soll beendet und nicht weiter verschärft werden.

19 Ebenfalls lehnen wir auch die neuen Arbeits- und Bildungsverbote ab, die das Gesetz vorsieht, und damit Teile des Regierungsentwurfs des Gesetzes über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung wieder aushebelt.

22 Die Novellierung des Aufenthaltsgesetzes soll stattdessen dazu genutzt werden, die in §25 Abs. 5 schwammig definierte unverschuldete Hinderung an der Ausreise mit konkreten Kategorien zu hinterlegen.

25 Zudem sollen die Förderprogramme zur freiwilligen Rückkehr stärkere Anreize bieten.

26 Das Modell des BAMFs im Rahmen des europäischen Reintegrationsprogramms ERRIN, welches die Eröffnung eigener Betriebe (z. B. Handwerk und Lebensmittelladen) für kleine Einkommensquellen in mehreren Ländern fördert, soll ausgebaut werden. Damit wird nicht nur die freiwillige Rückkehr, sondern auch die heimische Wirtschaft unterstützt. Zudem sollen die Behörden und die Sozialverbände bei den Rückkehrprogrammen, vor allem bei der Beratung, enger miteinander kooperieren.

32 Im Laufe des Asylverfahrens muss es Informationen zu Rückkehrberatung geben. Schutzsuchende sollten darauf hingewiesen werden, dass es die Option der freiwilligen Ausreise gibt und dass es in Rückkehrberatungsstellen Informationen über etwaige Unterstützungsmöglichkeiten geben sollte.

36 Zudem sollte ein niederschwelliges Beratungsangebot in Form einer mehrsprachigen App geben, denn vor allem in ländlichen Gebieten ist es schwer, die Rückkehrberatungsstellen zu erreichen.

1 Für die Umsetzung der Forderungen müssen die Rückkehrprogramme mit höheren finanziel-  
2 len Mitteln ausgestattet werden.

3

#### 4 Begründung:

5 Mit der „Obergrenze“ und dem faulen Kompromiss zum Familiennachzug haben wir in der  
6 Großen Koalition mit den Unionsparteien schon einige Kröten in der Integrations- und Migra-  
7 tionspolitik schlucken müssen. Das Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreise-  
8 pflicht verletzt erneut rote Linien der sozialdemokratischen Integrations- und Migrationspoli-  
9 tik.

10 Eine Einführung der „Duldung light“ lehnt die SPD seit Jahren ab. Wir dürfen hier nicht ein-  
11 knicken.

12 Der Gesetzentwurf aus dem Bundesinnenministerium hat lediglich zum Ziel durch Änderun-  
13 gen am Aufenthaltsgesetz, die Abschiebungen zu vereinfachen und deren Zahl zu erhöhen.

14 Dabei kann die Novellierung des Aufenthaltsgesetzes dazu genutzt werden, die schwam-  
15 mige Definition der unverschuldeten Hinderung an der Ausreise in §25 Abs. 5 mit konkreten  
16 Kategorien zu hinterlegen. Damit nicht nach Ermessen der Beamtinnen und Beamten, son-  
17 dern aufgrund von konkreten Fakten entschieden wird, ob die betroffene Person unverschul-  
18 det Deutschland nicht mehr verlassen kann.

19 Die beste Lösung ist die freiwillige Rückkehr. Viele Menschen, die vor Hunger und Not geflo-  
20 hen sind, aber deren Hoffnungen auf ein besseres Leben sich nicht bewahrheitet haben,  
21 würden gerne in ihre Heimat zurückkehren, haben aber Angst und/ oder nicht die finanziellen  
22 Mittel dazu. Die derzeitigen Rückkehrprogramme erfüllen nicht die Bedürfnisse der Men-  
23 schen.

24

### 25 **Antrag 18**

26 AntragstellerIn: Landesverband Rheinland-Pfalz

27 Empfehlung der Antragskommission: Nach Rückmeldung des Bundesvorstandes die Emp-  
28 fehlung, im 2.S. "die Helferinitiativen" zu streichen.

### 29 **Unterstützung Flüchtlingshelfer- und Kulturforum**

30 Die AG Migration und Vielfalt unterstützt das geplante bundesweite Flüchtlingshelfer- und  
31 Kulturforum im ehemaligen Plenarsaal von Bonn. Die AG informiert bundesweit die Helferini-  
32 tiativen über das Projekt und vermittelt die 5 Kernpunkte als Vorinformation für das Pro-  
33 gramm. Sie fordert die Bundesregierung auf, 500 Helfern und Migranten sowie Flüchtlingen  
34 die Teilnahme zu ermöglichen.

35

36



1 Begründung:

2 1. Die Armutszuwanderungen in den Jahren 2015/16 haben in Deutschland ein spontanes,  
3 freiwilliges Engagement ausgelöst, das es in der Bundesrepublik vorher nicht gab. An der  
4 Erstversorgung waren 8 Millionen Bürgerinnen und Bürger beteiligt (Quelle: Bertelsmann-  
5 Stiftung). Ein helfendes Deutschland. Zahlreiche von ihnen sind heute noch bundesweit als  
6 Helfer in ca. 60.000 Initiativen und Integrationsprojekten tätig. Die ehrenamtlich aktiven Hel-  
7 fer in fast allen Städten und Gemeinden leisten immer noch den Hauptteil der Integrationsar-  
8 beit. Durch den Staat ist dies ohne ehrenamtliches Engagement nicht möglich.

9 2. Es mangelte bisher an überregionaler wirksamer Anerkennung. Stattdessen werden viele  
10 ehrenamtliche und professionelle Helfer beschimpft. Durch die Diskussion um die Essener  
11 Tafel wurde offenkundig, wie dringend die Anerkennung der Hilfsbereitschaft der Bürgerin-  
12 nen und Bürger ist, die nach dem Motto handeln: Nichtstun ist keine Lösung. Einigen wurde  
13 Gewalt angetan. Etliche haben resigniert. Wir wollen ihnen Mut machen. Bisher bekommen  
14 sie nur regional öffentlichen Zuspruch. Im Bundesviertel in Bonn hat sich eine Gruppe von  
15 Mitarbeitern der Privatfirmen, öffentlichen Institutionen und Verbänden im internationalen UN  
16 Campus organisiert, der für Ende 2020 ein nationales Helfer- und Kulturforum plant. Es geht  
17 dabei um Erfahrungen und Vernetzung, aber auch um ein offenes Deutschland, gegen Ras-  
18 sismus und Bigotterie. Talente unter den Zuwanderern sollen sich über ihre zeitgenössische  
19 Kunst, z.B. African Art und Musik, selbst darstellen. Die Fremdenfeindlichen sind bundesweit  
20 organisiert und beherrschen die öffentliche Diskussion. Die Bundeskonferenz fordert den  
21 Parteivorstand, die Bundestagsfraktion und die beteiligten Ministerien auf, das Forum „Toge-  
22 ther“ im ehemaligen Bundeshaus in Bonn materiell und ideell zu unterstützen.

23

24

## 25 **Europäische Flüchtlingspolitik**

### 26 **Antrag 19**

27 AntragstellerIn: Landesverband Saar

28 Empfehlung der Antragskommission:

### 29 **Abkehr von der menschenverachtenden europäischen Abschot-** 30 **tungspolitik**

31 Die gegenwärtige Flüchtlingspolitik der EU-Staaten bricht massiv mit Artikel 2 des Vertrages  
32 der Europäischen Union, der besagt:

33 „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit,  
34 Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte...“

1 Doch gerade im Umgang mit Schutzsuchenden zeigt sich, dass dieses Bekenntnis nichts  
2 (mehr) wert ist.

### 3 ABSCHRECKUNG STATT SCHUTZ

4 Die EU ignoriert die Not der Geflüchteten, welche diese zwingt, tagtäglich das Risiko einzu-  
5 gehen, mit maroden, nicht seetüchtigen Booten das europäische Festland zu erreichen. Das  
6 massenhafte Sterben im Meer erregt heutzutage kaum noch ein Schulterzucken, stattdessen  
7 werden deutsche und europäische Politiker immer kreativer in ihren fragwürdigen Ideen zur  
8 Schließung der EU-Außengrenzen.

### 9 KOOPERATION MIT BRUTALEN PARTNERN

10 Das Ziel der Europäischen Union ist es, möglichst keine Flüchtlinge aufnehmen zu müssen.  
11 Hierfür werden unhaltbare, menschenverachtende Zustände in Partnerländern bagatellisiert  
12 oder schlicht ignoriert. Erwiesenermaßen werden beispielsweise in Libyen Tausende Flücht-  
13 linge in illegalen Gefangenenlagern inhaftiert, gefoltert, vergewaltigt und Schlimmeres. Eine  
14 Rückführung von in Seenot geratenen Menschen nach Libyen oder ein anderes nordafrikani-  
15 sches Land ist beispiellos in seiner Missachtung der Menschenrechte. Verkauft wurde dieses  
16 Vorgehen mit dem Versprechen, einige zehntausend Flüchtlinge legal nach Europa zu brin-  
17 gen, jedoch ist dies bis heute nicht geschehen, ebenso wenig habe Geflüchtete eine Mög-  
18 lichkeit, in diesen Ländern einen legalen Antrag auf Asyl zu stellen.

### 19 GHETTOÄHNLICHE ZUSTÄNDE IN EUROPA

20 Sobald Geflüchtete einen Weg nach Europa geschafft haben, werden sie in unhaltbaren Hot-  
21 spots festgehalten, wie z. B. in Griechenland und Italien. Die Behörden dieser Länder sind  
22 seit Jahren überfordert und rufen vergebens um Unterstützung der anderen EU-Mitgliedstaa-  
23 ten. So ist es nicht verwunderlich, dass Tausende von Menschen nun schon teilweise bis  
24 2021 auf einen Termin zur Anhörung warten müssen. Während dieser Wartezeit ist ihnen der  
25 Eintritt in eine zivilisierte Gesellschaft praktisch nicht möglich. Schlimmer noch, die Lebens-  
26 umstände in den europäischen Hotspots gleichen denen eines Entwicklungslandes; es gibt  
27 keine festen Unterkünfte, nur unzureichende Sanitäreinrichtungen, kaum Zugang zu Rechtsbei-  
28 ständen usw. Ohne die unermüdliche Arbeit der NGO's, würden selbst Minimalstanforderun-  
29 gen nicht bestehen.

### 30 KRIMINALISIERUNG VON NGO'S

31 Mittlerweile sind einige EU-Mitgliedsstaaten dazu übergegangen, aktive Seenotretter\*innen als  
32 Schleppergehilfen zu diffamieren und kriminalisieren. Somit wird ein Argument geschaffen,  
33 Schiffe mit aus Seenot geretteten Geflüchteten von einer Anlandung an der Küste zu hin-  
34 dern. Es ist skandalös, dass Lebensretter sogar als Schlepper vor Gericht gestellt und mit  
35 Haft bedroht werden. Dabei kommen die meist ehrenamtlichen Seenotrettern dem internatio-  
36 nalen Seerecht nach. Es ist die humanitäre und moralische Pflicht der Europäischen Union,  
37 einen flächendeckenden und belastbaren Seenotrettungsdienst aufzubauen anstatt die zivile  
38 Seenotrettung zu blockieren.

### 39 ÜBERPRÜFUNG DER DUBLIN-VERORDNUNG

40 Auch nach einigen Jahren hat sich die Dublin-Verordnung nicht bewährt, im Gegenteil. Sie  
41 liefert den EU-Mitgliedsstaaten das Argument, keine Flüchtlinge im eigenen Land aufnehmen

1 zu müssen. Die Konsequenz hieraus ist jedoch die untragbare Überbelastung der Länder an  
2 den EU-Außengrenzen wie Italien, Griechenland, Spanien. Nicht nur, dass die sogenannten  
3 Hotspots kaum menschenwürdig betrieben werden, können diese Länder nicht die Hauptbe-  
4 lastung der Asylsuchenden tragen. Hier ist immer noch das solidarische und geeinte Europa  
5 gefordert, wie es im Artikel 2 des EU-Vertrages niedergeschrieben ist. Europa hat eine Ver-  
6 antwortung und muss ihr endlich nachkommen, ein gerechtes und praktikables Verteilungs-  
7 system entwickeln und umsetzen.

8 Zusammenfassend wollen wir ein Europa, das sich seiner humanitären und moralischen Ver-  
9 pflichtung besinnt und die Würde des Menschen schützt. Wir sind ein Zusammenschluss  
10 wohlhabender Staat mit Vorbildfunktion auf der ganzen Welt. Daher fordern wir

- 11 - Schutz für Flüchtlinge in einem solidarischen Europa
- 12 - Sichere und legale Zugangswege nach Europa
- 13 - Eine menschenwürdige Aufnahme und Achtung der Rechtssicherheit
- 14 - Eine europäische Lösung für die zivile Seenotrettung

15

## 16 **Antrag 20**

17 AntragstellerIn: Landesverband Berlin

18 EmpfängerInnen: SPE, SPD-Bundestagsfraktion

19 Empfehlung der Antragskommission: A20+A21: Bitte an die beiden Antragsteller, die beiden  
20 Anträge zusammenzuführen. (Federführung LV Berlin)

## 21 **EU-Integrationsfonds als Instrument für eine humane Asylpolitik**

22 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozi-  
23 aldemokrat\*innen im Europäischen Parlament dazu auf, ein EU-Integrationsfonds aufzule-  
24 gen, das folgende Aspekte beinhaltet:

- 25 (1) Direkte Finanzierung von Gemeinden und Städten, die Geflüchtete aufnehmen.
- 26 (2) Der gleiche Betrag, der für die Aufnahme und Integration der Geflüchteten gewährt  
27 wird, soll in die kommunale Entwicklung fließen (Arbeit, Bildung, Wohnen).
- 28 (3) Die Finanzierung soll für die Dauer von 5 Jahren erfolgen. Im Anschluss wird eine  
29 Evaluation erfolgen.
- 30 (4) Die Finanzierung soll in Form von Finanzhilfen erfolgen. Sollte eine Kofinanzierung  
31 erforderlich sein, kann dies über ein zinsloses Darlehen mit günstigen Rückzahlungsbedin-  
32 gungen erfolgen.

33

34

1 Begründung:

2 Staaten wie Italien, Ungarn und Polen weigern sich Geflüchtete aufzunehmen, während ihre  
3 Städte aufgrund des demographischen Wandels und aus humanitären Gründen Geflüchtete  
4 aufnehmen wollen. Bis heute wurden die im September 2015 vom Europäischen Rat be-  
5 schlossene Umsiedlung (Relocation) von 160.000 Geflüchteten aus Italien und Griechenland  
6 in andere europäische Staaten nicht realisiert. Eine freiwillig verteilte Ansiedlung von Ge-  
7 flüchteten ist nicht in Sicht.

8 Das Konzeptpapier von Gesine Schwan von der Humboldt-Viadrina Governance Platform  
9 sieht deshalb vor, ein positives Anreizsystem und kein Bestrafungssystem für die europäi-  
10 schen Städte zu schaffen, die Geflüchtete freiwillig aufnehmen wollen. Damit typische Neid-  
11 debatten nicht aufkommen, soll aus dem EU-Integrationsfonds in gleicher Höhe die Entwick-  
12 lung der Kommunen finanziert werden – bspw. in den Bereichen Arbeit, Bildung und Woh-  
13 nen.

14 Der Vorteil: Die Städte erhalten neue Bewohner\*innen und können dadurch die Schließung  
15 von Kindergärten, Schulen, die durch den Wegzug der Bevölkerung bedingt ist, verhindern.  
16 Gleichzeitig wird in die weitere Infrastruktur der Kommune durch die Finanzhilfe investiert.

17 Im Großen und Ganzen wird durch diesen Vorschlag eine neue Stimmigkeit zwischen den  
18 proklamierten europäischen Werten und dem eigenen Handeln hergestellt.

19

20 **Antrag 21**

21 AntragstellerIn: Landesverband Nordrhein-Westfalen

22 Empfehlung der Antragskommission: A20+A21: Bitte an die beiden Antragsteller, die beiden  
23 Anträge zusammenzuführen. (Federführung LV Berlin)

24 **Solidarischen Verteilungsmechanismus mit einem „Kommunalen In-**  
25 **tegrations- und Entwicklungsfonds“ fördern**

26 Die Bundeskonferenz der AG Migration und Vielfalt in der SPD möge beschließen und den  
27 Bundesvorstand der AG Migration und Vielfalt bitten, sich dafür einzusetzen, dass der Soli-  
28 darische Verteilungsmechanismus nicht nur ein Absatz im Europawahlprogramm bleibt, son-  
29 dern auch tatsächlich umgesetzt wird.

30 Der Bundesvorstand der AG Migration und Vielfalt wirkt im Rahmen seiner Möglichkeiten –  
31 u. a. durch einen Antrag beim Bundesparteitag der SPD und der Arbeit innerhalb der SPE-  
32 darauf hin, einen „Kommunalen Integrations- und Entwicklungsfonds“ in der EU voranzubrin-  
33 gen. Ziel des Fonds ist die solidarische Aufnahme von Geflüchteten in der EU, insbesondere  
34 die Förderung der Solidarität gegenüber den südeuropäischen Ankunftsändern. Dabei sollen  
35 Kommunen, die sich bereit erklären, Geflüchtete aufzunehmen, die Integrationskosten erstat-  
36 tet bekommen und zusätzlich in gleicher Höhe Mittel für Investitionen in die eigene Entwick-

1 lung erhalten. Beratende Multi-Stakeholder Kommissionen von Kommunalpolitik, organisier-  
2 ter Zivilgesellschaft und Unternehmen – möglichst begleitet von Wissenschaft – sollten die  
3 Aufnahmeentscheidungen vorbereiten.

4

#### 5 Begründung:

6 Der Vorschlag eines „Kommunalen Integrations- und Entwicklungsfonds“ von Gesine  
7 Schwan liefert den richtigen Ansatz, den allmählich dringend gebotenen, solidarischen Ver-  
8 teilungsmechanismus von Asylsuchenden in Europa in Gang zu setzen und die Aufnah-  
9 mefreundlichkeit der europäischen Gesellschaften zu fördern. In ihrem Vorschlag stellt sie  
10 hierzu einen Weg dar, der die schrittweise Durchsetzbarkeit des Projektes ermöglichen  
11 könnte.

12 Durch die Freiwilligkeit der Aufnahme durch die Kommunen, würde die Diskussion um eine  
13 solidarische Verteilung zwischen den europäischen Staaten versachlicht werden. Die Partizi-  
14 pation der Bevölkerung im Rahmen der Aufnahme würde dem Wunsch der Bürger\*innen  
15 nach mehr Teilhabe entgegenkommen und sichtbar machen, dass es eine kommunalpoliti-  
16 sche und zivilgesellschaftliche Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten gibt. Zudem  
17 könnte die Integrationskraft Europas durch die sichtbare finanzielle Hilfe aus Europa und die  
18 Kooperationen zwischen den Kommunen gestärkt werden. Insgesamt würde der Blick auf die  
19 Migrationsbewegung mit all ihren Chancen gerichtet werden.

20

## 21 **Antrag 22**

22 AntragstellerIn: Landesverband Baden-Württemberg

23 EmpfängerInnen: SPD Bundestagsfraktion, Bundes-AG Migration & Vielfalt, SPD Fraktion im  
24 Europaparlament, SPD Bundesvorstand, SPD Bundesparteitag

25 Empfehlung der Antragskommission:

## 26 **Kündigung des Flüchtlingdeals mit Libyen!**

27 Wir fordern die SPD dazu auf, sich für die Kündigung des Flüchtlingdeals mit Libyen einzu-  
28 setzen, insbesondere weil die politischen Verhältnisse unklar sind und zu kriegerischen Aus-  
29 einandersetzungen geführt haben. Stattdessen sollten Griechenland und Italien mehr finanzia-  
30 elle Mittel für die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen erhalten.

31 Ebenso sollte Deutschland die beiden genannten Länder mehr entlasten, in dem Flüchtlin-  
32 gen hierzulande Schutz geboten wird. Die SPD soll hierzu Anstrengungen auf Bundes- als  
33 auch auf Europaebene unternehmen.

34

#### 35 Begründung:

1 Die Zustände sind katastrophal. Menschen werden getötet, misshandelt oder vergewaltigt.  
2 Sie sind in Massenunterkünften mit miserablen Hygienestandards untergebracht und vege-  
3 tieren vor sich hin. Deutschland hat die UN Flüchtlingsresolution unterschrieben und sich  
4 verpflichtet Flüchtlinge menschenwürdig zu behandeln. Davon kann in der Zusammenarbeit  
5 mit Libyen nicht die Rede sein. Ärzte ohne Grenzen fordert deshalb beispielsweise die Auflö-  
6 sung aller Flüchtlingslager in Libyen.

7

## 8 **Antrag 23**

9 AntragstellerIn: Landesverband Baden-Württemberg

10 EmpfängerInnen: SPD Bundestagsfraktion, Bundes-AG Migration & Vielfalt, SPD Fraktion im  
11 Europaparlament, SPD Bundesvorstand, SPD Bundesparteitag

12 Empfehlung der Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag auf-  
13 grund der herausragenden Bedeutung bereits am Freitag zu behandeln.

## 14 **Stoppt das Sterben im Mittelmeer!**

15 Wir fordern die SPD dazu auf, sich für ein neues Programm zur Rettung von in Seenot gera-  
16 teten Flüchtlingen stark zu machen. Die Kriminalisierung der privaten Seenotretter muss so-  
17 fort beendet werden. Die SPD soll hierzu Anstrengungen auf Bundes- als auch auf Europa-  
18 ebene unternehmen.

19

### 20 Begründung:

21 In der europäischen Idee sind der Humanismus und die Wahrung der Menschenwürde tief  
22 verwurzelt. Umso schmerzlicher ist es, dass vor den Toren unseres Kontinentes jedes Jahr  
23 tausende Menschen sterben, weil sie vor Krieg, Elend und Verzweiflung fliehen. Deutschland  
24 ist ein starkes Land und im Stande mehr Verantwortung in der Seenotrettung zu überneh-  
25 men.

26

## 27 **Antrag 24**

28 AntragsstellerIn: Landesverband Nordrhein-Westfalen

29 Empfehlung der Antragskommission: Empfehlung an den Antragsteller, statt des AG-Bun-  
30 desvorstands den Antrag an die BTF zu richten und die konkreten Forderungen aus der Be-  
31 gründung in den Beschlusstext zu ziehen.

## 32 **Prüfung der Einhaltung der Richtlinie 2011/95/EU**

33 Der Bundesvorstand der AG Migration und Vielfalt in der SPD wird gebeten sich einzusetzen  
34 für:

1 1. Die Prüfung der Einhaltung der Richtlinie 2011/95/EU (geänderte Form der Richtlinie  
2 2004/83/EG) in Zusammenhang mit der Anwendung des subsidiären Schutzes (Artikel 4 Asyl  
3 Gesetz) für Drittstaatenangehörige, so dass die gesundheitliche Vorsorge dieses Personen-  
4 kreises in allen Formen von Unterkünften der Geflüchteten gewährleistet ist.

5 2. Eine gesetzlich verankerte Festlegung, mit Erweiterung des Artikels 4, für eine menschen-  
6 würdige gesundheitliche Versorgung für alle Geflüchteten (anerkannte und nicht anerkannte)  
7 nach der UN-Konvention (das in Artikel 24 Absatz 1 der UN-Kinderrechtskonvention ge-  
8 nannte Recht des Kindes "auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit").

9

10 Begründung:

11 Die neu gefasste Richtlinie trat in Teilen am 9. Januar 2012 in Kraft und war bis zum 21. De-  
12 zember 2013 in den Mitgliedstaaten umzusetzen.

13 2011/95/EU Die neue Fassung dieser Richtlinie (2011/95/EU) erweitert die Rechte der Per-  
14 sonen mit subsidiärem Schutz in den Bereichen

15 a. Familienzusammenführung

16 b. beim Zugang zum Gesundheitssystem und

17 c. beim Zugang zum Arbeitsmarkt.

18 Unser Schwerpunkt dieses Antrags liegt beim Zugang zum Gesundheitssystem. Wir sind  
19 überzeugt, dass die Richtlinie 2011/95/EU sehr eng interpretiert wird und dass die Möglich-  
20 keiten der gesundheitlichen Vorsorge von Geflüchteten nicht ausgeschöpft werden.

21 Wir fordern daher die Erweiterung des Artikels 4 des Asylrechts, um die menschenunwürdige  
22 Ungleichheit in der gesundheitlichen Vorsorge der Geflüchteten zu beenden.

23 Artikel 24 der UN-Kinderrechtskonvention gewährleistet das Recht des Kindes auf das er-  
24 reichbare Höchstmaß an Gesundheit. Das in Artikel 24 Absatz 1 der UN-Kinderrechtskon-  
25 vention genannte Recht des Kindes "auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit" wird für  
26 jeden Menschen bereits in Artikel 12 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale  
27 und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) garantiert. Artikel 24 bekräftigt, dass dieses allge-  
28 meine soziale Menschenrecht auf Gesundheit auch Kindern zusteht und führt in Absatz 2  
29 und 3 eine Vielzahl weiterer Beispielsfälle für Maßnahmen an, die die Vertragsstaaten ergrei-  
30 fen sollen, um das Recht des Kindes auf Gesundheit zu verwirklichen. Die Realität in den  
31 Unterkünften für Geflüchteten sieht leider anders aus.

## 1 **Antrag 25**

2 AntragstellerIn: Bundesvorstand

3

4 Empfehlung der Antragskommission:

## 5 **Psychologische und psychotherapeutische Versorgung von Flücht-** 6 **lingen sicherstellen!**

7 Menschen mit Fluchterfahrung haben unvorstellbares Leid erfahren. Bereits der alleinige Um-  
8 stand gegen den eigentlichen Willen aus seiner gewohnten Umgebung vertrieben zu werden,  
9 greift tief in die Seele ein und hinterlässt Wunden, die nur schwer zu schließen und wohl nie  
10 ganz zu heilen sind. Nicht selten kommen jedoch auch Kriegs- und Gewalterlebnisse hinzu,  
11 ein Leben unterhalb des Existenzminimums, die Ängste des Fluchtweges, Verlust von Ange-  
12 hörigen und Freunden, Hunger, Krankheit und Erleben sexueller Übergriffe.

13

14 Es verwundert daher nicht, dass Schätzungen zufolge 30-50% der Flüchtlinge traumatisiert  
15 sind. Bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen liegen diese Zahlen wohl noch höher.  
16 Auch wenn es einigen von ihnen gelingen sollte die Fluchterfahrungen selbst zu verarbeiten,  
17 wird das aktuelle medizinische Versorgungssystem die Versorgung dieser Menschen nicht ge-  
18 währleisten können. Bereits heute wartet man Monate auf den Beginn einer normalen Thera-  
19 pie bei einer oder einem NervenärztIn. Dies sind unhaltbare Zustände, gerade für akut be-  
20 troffene Personen, die mit Traumata, Depression oder sogar Suizidgedanken zu kämpfen ha-  
21 ben! Bei Geflüchteten kommen noch erschwerende Umstände hinzu: Erstens sind an ihre Be-  
22 handlung besonderes hohe Hürden zu überwinden, so sind zum Beispiel nur wenige Psycho-  
23 log\*innen und Psychotherapeut\*innen geschult auf Kriegs- und Fluchterlebnisse und können  
24 mir Dolmetscher\*innen arbeiten. Zweitens benötigt man zur Aufarbeitungsarbeit ein gesicher-  
25 tes Umfeld und oft kommen Traumata erst nach einer gewissen Zeit "wieder an die Oberflä-  
26 che". Es ist daher davon auszugehen, dass der Bedarf an psychologischer bzw. psychothera-  
27 peutischer Behandlung von Flüchtlingen in nächster Zeit stark ansteigen wird.

28

29 Deshalb ist es so wichtig bereits jetzt die Grundlagen dafür zu legen eine qualitativ hochwertig-  
30 es Versorgungsnetz für Geflüchtete aufzubauen. Dabei lässt sich durchaus auch schon auf  
31 bestehende Strukturen aufbauen. Die psychosozialen Zentren des DRK leisten zum Beispiel  
32 wichtige Vernetzungsarbeit. Mit dem START-Konzept, welches im Saarland erarbeitet wurde,  
33 gibt es extrem niedrigschwellige Konzepte, die bereits direkt nach Ankunft von Geflüchteten  
34 ansetzen und zu einer emotionalen Erststabilisierung beitragen.

35

36 Die rechtliche Ausgangslage ist aber weiter problematisch. So erhalten Personen nach dem  
37 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in Deutschland in den ersten Monaten weiterhin nicht  
38 die volle medizinische Versorgung. Gerade für psychische Krankheiten ist dies hoch proble-  
39 matisch, da sie schwer zu belegen sind und damit praktisch selten zur Behandlung freigege-  
40 ben werden. Dolmetscherkosten müssen unabhängig vom Aufenthaltsstatus übernommen  
41 werden, weil es bei der Behandlung von Traumata grundlegend auf das sprachliche Verständ-  
42 nis ankommt.

43

44 Selbst wenn Mittel zur Verfügung stehen, sind diese teilweise nicht an den richtigen Stellen  
45 vorhanden. So sind zum Beispiel im Saarland die Ausbildung und Mittel für therapeutische  
46 Hilfsmöglichkeiten für Asylbewerber\*innen kaum nachgefragt. Die Arbeit mit anerkannten  
47 Flüchtlingen jedoch bundesweit oft nur projektfianziert und damit nicht auf sicheren Beinen.  
48 Auch Versorgungsengpässe in Ballungsgebieten oder dem ländlichen Raum müssen unter-  
49 bunden werden. Es muss massiv in Ausbildung von qualifiziertem medizinischem Personal  
50 und Dolmetscher\*innen investiert werden, um zukünftige Bedarfe abfedern zu können.



1  
2 Oft sind Hilfsangebote bei Geflüchteten gar nicht bekannt. Sie glauben mit ihren Leiden allein  
3 zu stehen, haben Scham sich zu offenbaren oder erkennen ihre Krankheit gar nicht an. Hier  
4 muss Aufklärungsarbeit geleistet werden. In Sprachkursen oder Integrationskursen, muss je-  
5 dem Menschen das Bestehen dieser Behandlungsmöglichkeiten dargelegt werden. Darin soll-  
6 ten auch hauptamtlich oder ehrenamtlich mit Geflüchteten tätige Menschen einbezogen wer-  
7 den, damit sie kompetent reagieren können und Sekundärtraumata vermieden werden.

8  
9 Wir fordern daher:

- 10 - Zugang zur vollen medizinischen Versorgung ab Ankunft in Deutschland
- 11 - Aufbau dauerhaft finanzierter Beratungs- und Netzwerkstrukturen für Geflüchtete und
- 12 Flüchtlingshelfer\*innen, inklusive Dolmetscher-\*innen und Ärzt\*innenpool, welche sich an dem
- 13 zu erwartenden Bedarfen orientiert
- 14 - Werbung und Bekanntmachung von Therapie- und Hilfeangeboten bei Geflüchteten, Ver-
- 15 waltung und Flüchtlingshelfer\*innen
- 16 - es ist insbesondere auf einen niedrigschwelligen und aufsuchenden Ansatz Acht zu geben
- 17 - Angebot erststabilisierender Maßnahmen in allen Erstaufnahmeeinrichtungen für Erwach-
- 18 sene und Minderjährige
- 19 - Ausbildung ausreichend hoch qualifizierter Psycholog\*innen, Psychotherapeut\*innen und
- 20 Dolmetscher\*innen
- 21 - Übernahme von Dolmetscherkosten bei Notwendigkeit von psychotherapeutischer bzw. psy-
- 22 chologischer Behandlung und zu wenig Deutschkenntnissen

23

24

## 25 **Kampf gegen Rechts & Antisemitismus und Demokra-** 26 **tieförderung**

### 27 **Antrag 26**

28 AntragsstellerIn: Landesverband Sachsen-Anhalt

29 Empfehlung der Antragskommission:

### 30 **Gegen jeden Antisemitismus! – Keine Zusammenarbeit mit der anti-** 31 **semitischen BDS-Bewegung und demokratischer Widerstand gegen** 32 **Unterstützer\*innen dieser Bewegung und ihre Aktionen**

33 Die AG Migration und Vielfalt steht solidarisch zu Israel und erkennt Israels Recht auf Exis-  
34 tenz und Selbstverteidigung als unverhandelbar an. Der seit Jahren grassierende Antisemi-  
35 tismus ebbt nicht ab und muss daher mit mehr Vehemenz bekämpft werden.

36 Daher fordern wir folgende Punkte einzuhalten und gegebenenfalls umzusetzen:

- 1 - SPD-Gliederungen und SPD-Mitglieder beteiligen sich nicht an der BDS-Kampagne und al-  
2 len Formaten (Veranstaltungen, Ausstellungen, Demonstrationen, usw.), an der die BDS-Be-  
3 wegung beteiligt ist, erfahren unseren demokratischen Widerstand.
- 4 - Wo die SPD in Bündnissen vertreten ist, setzen wir uns gegen jegliche Form der Koopera-  
5 tion mit Vereinigungen die Unterstützer\*innen der BDS-Kampagne sind, ein.
- 6 - Die Schiedskommissionen auf Kreis-, Landes- und Bundesebene sollen zukünftig die Teil-  
7 nahme an BDS-Aktionen durch SPD-Mitglieder als parteischädigendes Verhalten werten und  
8 dementsprechend nachverfolgen.
- 9 - SPD-Mitglieder setzen sich auf allen Ebenen dafür ein, dass Aktionen der BDS-Bewegung  
10 nicht in öffentlich finanzierten Räumlichkeiten stattfinden und auch nicht über Umwege durch  
11 öffentliche Mittel finanziert werden.
- 12 - Die SPD setzt sich aktiv gegen alle politischen Bestrebungen ein israelische Produkte ge-  
13 zielt zu kennzeichnen.

14

15 Begründung:

16 BDS steht für Boykott, Desinvestition und Sanktionen. BDS-Aktivist\*innen setzen sich dafür  
17 ein, dass Politiker\*innen, Unternehmer\*innen, Künstler\*innen, Wissenschaftler\*innen oder  
18 Sportler\*innen Auftritte, Investitionen oder wissenschaftliche Kooperationen mit Israel einstel-  
19 len. Dieses Ansinnen widerspricht klar und deutlich dem weltoffenen Selbstverständnis der  
20 SPD.

21 Zudem ist auch die Bestrebung der zielgerichteten Kennzeichnung israelischer Produkte im  
22 Sinne der BDS-Kampagne und bietet einen Vorwand für antisemitische Aktivist\*innen öffent-  
23 lich zivile israelische Staatsbürger\*innen anzugreifen und Produkte aus Israel zu boykottie-  
24 ren.

25

26 **Antrag 27**

27 AntragstellerIn: Landesverband Schleswig-Holstein

28 EmpfängerIn: SPD-Bundestagsfraktion

29 Empfehlung der Antragskommission:

30 **Forderung eines Beauftragten gegen Rassismus**

31 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert innerhalb der Bundesregierung einen Bun-  
32 desbeauftragten für antirassistische Arbeit zu bestimmen. Dieser ist zuständig alle Formen  
33 von Rassismus zu bekämpfen. Damit wird der Beauftragte gegen Antisemitismus abgelöst  
34 durch jemanden, der nicht nur Antisemitismus, sondern jeglichen Arten von Rassismus ent-  
35 gegenwirkt. Dazu zählt Rassismus gegen Religionen, wie zum Beispiel der wieder wach-  
36 sende Antisemitismus und die stärker werdende Islamophobie, aber auch die Feindlichkeit

1 gegen People of Color und andere Minderheiten wie z.B. Sinti und Roma. Der Beauftragte  
2 für Antirassismus soll auf Missstände in unserer Gesellschaft aufmerksam machen und dann  
3 Lösungen finden, diese zu beheben.

4

5 Begründung:

6 Rassismus in Deutschland, aber auch europaweit, erstarkt immer mehr. Dem müssen wir  
7 entgegenwirken! Rassismus und Menschenfeindlichkeit haben viele Facetten. Es ist nicht in  
8 Ordnung, Rassismus abzuwägen und zu bestimmen, wer nun am schwerwiegendsten davon  
9 betroffen ist. Alle Menschen sind gleich und niemand darf wegen seiner Herkunft, Religion  
10 oder Hautfarbe diskriminiert werden. Deshalb ist es wichtig eine Person als Sprachrohr für  
11 alle Minderheiten zu bestimmen. Die Arbeit der Bundesministerin für Integration, Migration  
12 und Geflüchtete, Frau Widmann-Mauz, stufen wir im Bereich Antirassismus als nicht ausrei-  
13 chend ein.

14

15 **Antrag 28**

16 AntragstellerIn: Landesverband Berlin

17 EmpfängerInnen: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

18 Empfehlung der Antragskommission: Nach Diskussion in der Antragskommission über die  
19 Beschlusslage der ersten zwei Forderungen wird der Antragsteller Rückmeldung halten.

20 **Verstetigung von Demokratiewerk und Extremismus Prävention**  
21 **auf den Weg zu bringen**

22 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, eine Gesetzesinitiative (De-  
23 mokratiefördergesetz) für die Verstetigung von Demokratiewerk und Extremismus Präven-  
24 tion auf den Weg zu bringen. Bis dahin sind die Mittel des Bundesprogramms „Demokratie  
25 leben!“ deutlich zu erhöhen. Dabei sollen die ‘neuen’ Bundesländer (inkl. Ost-Berlin) zukünf-  
26 tig einen Schwerpunkt bilden.

27

28 Begründung:

29 Leider hat es in Deutschland einen erheblichen Rechtsruck gegeben. Dieser lässt sich nicht  
30 nur an den AfD-Wahlergebnissen ablesen, sondern auch an einer Zunahme rechtsextremer  
31 Einstellungen in der Gesellschaft (vgl. u.a. Mitte Studie) ablesen. Dem Rechtsruck in der Ge-  
32 sellschaft müssen wir ein zivilgesellschaftliches Bollwerk entgegensetzen, in dem sich Men-  
33 schen für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander einsetzen.

34 Die AfD und andere rechtsextreme Parteien erzielen u.a. dort starke Ergebnisse, wo die Zi-  
35 vilgesellschaft gering ausgeprägt ist. In Berlin gibt es z.B. die geringste zivilgesellschaftliche  
36 Dichte in Marzahn-Hellersdorf, in Ostdeutschland ist sie geringer als in West-Deutschland,

1 im ländlichen Raum geringer als in Städten. Dass zivilgesellschaftliches Engagement die De-  
2 mokratie schützt, sollten wir anerkennen.

3 Die Bereiche Demokratieentwicklung im ländlichen Raum sowie die Bekämpfung von Antise-  
4 mitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Rassismus, aber  
5 auch Radikalisierungsprävention haben für die Zukunft unserer Demokratie, insbesondere  
6 aber für die Zukunft unserer Einwanderungsgesellschaft herausragende Bedeutung.

7

8

## 9 **Organisation**

### 10 **Antrag 29**

11 AntragstellerIn: Bundesvorstand

12 Empfehlung der Antragskommission:

### 13 **Doppelspitzen in den AG-Richtlinien ermöglichen**

14 Die Bundeskonferenz beauftragt den nächsten Bundesausschuss, im Fall einer Richtlinienän-  
15 derung, die eine Doppelspitze bei den Arbeitsgemeinschaften erlaubt, die Möglichkeit zu prü-  
16 fen, eine Doppelspitze informell im gewählten Bundesvorstand einzurichten.

17 Wir fordern weiterhin den Parteivorstand auf, durch eine Richtlinienänderung bei den Arbeits-  
18 gemeinschaften die Doppelspitze als Alternativmodell zum Vorsitzmodell aufzunehmen. Wir  
19 begrüßen die Signale hierzu von der Parteivorsitzenden und dem Generalsekretär, diese Än-  
20 derung zu unterstützen.

21

#### 22 Begründung:

23 Im Rahmen der Organisationspolitischen Kommission wird auch über die Ermöglichung von  
24 Doppelspitzen bei den Arbeitsgemeinschaften diskutiert. Es zeichnet sich eine zustimmende  
25 Empfehlung für diesen Weg auf dem Bundesparteitag Ende 2019 ab. Leider ein paar Monate  
26 nach der Bundeskonferenz.

27 Wir sind aktuell die AG, die nach der ASF den höchsten Frauenanteil (geht gegen 60%) im  
28 Bundesvorstand ausweist. Uns ist das Thema nicht nur verbal wichtig, wir arbeiten auch ak-  
29 tiv dran. Allein aus gleichstellungspolitischer Sicht ist für uns die Möglichkeit einer Doppel-  
30 spitze wichtig.

31 Darüber hinaus wäre es eine gute Lösung, ehrenamtliche Arbeit auf mehr Schultern zu ver-  
32 teilen. Eine gelebte Doppelspitze ist gerade für junge engagierte Genossinnen und auch Ge-  
33 nossen ein guter Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie und SPD.

34

1 **Antrag 30**

2 AntragstellerIn: Landesverband Schleswig-Holstein

3 Empfehlung der Antragskommission:

4 **Laizist\*innen in der SPD**

5 Die AG Migration und Vielfalt unterstützt die Einrichtung eines Arbeitskreises Laizist\*innen in  
6 der SPD.

7 Begründung:

8 Es gibt in der Partei auf Bundesebene bereits die drei Arbeitskreise AK Christen, AK Jüdi-  
9 sche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie den AK Muslimische Sozialdemo-  
10 kratinnen und Sozialdemokraten. Im Rahmen der innerparteilichen Vielfalt sollte auch Platz  
11 für einen AK Laizist\*innen sein.

12

13 **Antrag 31**

14 AntragstellerIn: Landesverband Nordrhein-Westfalen

15 Empfehlung der Antragskommission:

16 **Erneuter Beitritt der SPD in die Sozialistische Internationale und**  
17 **Überprüfung des Zusammenschlusses der Sozialistischen Internatio-**  
18 **nalen und Progressiven Allianz unter dem Dach der Sozialistischen**  
19 **Internationalen**

20 Der Bundesvorstand der AG Migration und Vielfalt in der SPD wird aufgefordert sich im Par-  
21 teivorstand der SPD dafür einzusetzen, die Mitgliedschaft der SPD in der Sozialistischen In-  
22 ternationalen wieder zu aktivieren und in vollem Umfang durch ihre Beitragszahlungen und  
23 Aktivitäten aufzunehmen. Darüber hinaus soll der Parteivorstand aufgefordert werden, die  
24 Verantwortung dafür zu tragen, die durch die SPD selbst 2013 gegründete Progressive Alli-  
25 anz mit der Sozialistischen Internationalen unter dem Namen der Sozialistischen Internatio-  
26 nalen zusammenzuführen und zu vereinen.

27 Der Parteivorstand wird gebeten durch die Reaktivierung der Mitgliedschaft in der Sozialisti-  
28 schen Internationalen ihre bis 2013 erfolgte Arbeit im Einsatz für den Sozialismus und die  
29 Sozialdemokratie auf internationaler Ebene wieder vollwertig aufzunehmen und sich für den  
30 Schulterchluss gegen den international wachsenden Rechtsextremismus einzusetzen.

31

32

## 1 Begründung:

2 1889 durch die Teilnahme von über 200 Delegierten aus über 20 Ländern in London gegrün-  
3 det, bildet die Sozialistische Internationale seither den Dachverband der sozialistischen und  
4 sozialdemokratischen Parteien weltweit. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war  
5 von Anfang an nicht nur ein Gründungsmitglied, sondern hat auch im Laufe des 20. Jahrhun-  
6 derts, durch die Übernahme des Vorsitzes durch Willy Brandt, stets eine tragende Rolle im  
7 Dachverband gespielt.

8 Ab 2011 hat die SPD angefangen ihre Beitragszahlungen zu reduzieren, bis sie diese 2013  
9 komplett einstellte. Da nie ein Antrag auf Austritt gestellt wurde, gilt die Mitgliedschaft als ru-  
10 hend. Der damalige Parteivorsitzende Sigmar Gabriel, der als Grund für den Rückzug aus  
11 der Sozialistischen Internationalen, die nicht mehr im Sinne des internationalen Sozialismus  
12 und der Sozialdemokratie agierenden Mitglieder nannte, veranlasste 2013 die Gründung der  
13 Gegenbewegung unter dem Namen der "Progressiven Allianz". Unter dem Motto "Progressi-  
14 ves statt Sozialismus" sollte der neue Dachverband einen realistischeren und zukunftsorien-  
15 tierteren Rahmen für die internationale Zusammenarbeit bieten.

16 Diese Entwicklung ist nicht akzeptabel und dieser muss dringend entgegengewirkt werden.  
17 Die SPD gestaltete ab der ersten Stunde die Sozialistische Internationale mit. Sie ist somit  
18 auch für die vergangenen Entwicklungen sowie deren künftige Arbeit, Erstarkung und Ver-  
19 besserung verantwortlich. Gerade jetzt, wo der Rechtsextremismus international erstarkt und  
20 sich der Trend der Regierungsführung durch Autokraten häuft, sollte die SPD dafür Sorge  
21 tragen, einen Schulterschluss aller Schwesterparteien unter dem Dach der Sozialistischen  
22 Internationalen zu erzielen und sich international für Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität  
23 einzusetzen.

24

25

## 26 **Sonstiges**

### 27 **Antrag 32**

28 AntragstellerIn: Landesverband Schleswig-Holstein

29 Empfehlung der Antragskommission:

### 30 **Mehr Fördergelder für den Kampf gegen Genitalverstümmelung**

31 In Deutschland sind rund 65.000 Mädchen und Frauen von der Praxis der FGM (= Female  
32 Genital Mutilation) betroffen, weitere 15.000 sind laut Angaben von Terre des Femmes po-  
33 tenziell bedroht. Grund dafür ist unter anderem die zunehmende Migration aus Ländern wie  
34 Eritrea oder auch dem Irak. Auch aus Somalia, wo sich der Anteil beschnittener Frauen auf  
35 98 Prozent beläuft, kommen zunehmend mehr Migrant\*innen nach Deutschland. Für mehr  
36 Aufklärung, sowohl was die gesellschaftliche Sensibilisierung, den Kampf gegen FGM und  
37 die Möglichkeiten medizinischer Hilfe betrifft, benötigen wir Fördergelder.

1 Begründung:

2 Angesichts steigender Zahlen von weiblicher Genitalverstümmelung fordert die SPD Schles-  
3 wig-Holstein die bundespolitische Ebene auf, eine „umfassende Bereitstellung von Geldern  
4 für die Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit“ an die entsprechenden Vereine wie z.B.  
5 Terre des Femmes zu gewährleisten. Es müssen flächendeckende Maßnahmen eingeführt  
6 werden, um betroffene Frauen auch wirklich erreichen zu können.

7 Auch Katharina Kunze vom Deutschen Frauenring sieht großen Nachholbedarf der Bundes-  
8 regierung im Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung. Neben Beratungsangeboten in  
9 Deutschland fordert der Verein auch stärkere Bemühungen der deutschen Vertretung in den  
10 besonders betroffenen Staaten.

11 Aus einem Artikel der taz ist der Text zu entnehmen:

12 Keine Fortbildung für Ärzt\*innen Die Chirurgin Cornelia Strunz kritisiert fehlende Informa-  
13 tions- und Fortbildungsangebote für Ärzt\*innen in Deutschland. Im Berliner Krankenhaus  
14 Waldfriede betreut sie Migrantinnen mit Genitalverstümmelung. Viele Ärztinnen und Gynäko-  
15 logen hätten „kaum Erfahrungen mit der Diagnose weibliche Genitalverstümmelung“ und  
16 seien dementsprechend damit überfordert.

17 Problematisch sei das vor allem, da FGM erst seit Kurzem Teil des Lehrplans von Medizin-  
18 studierenden in Deutschland ist. Umfassende Weiterbildungsmaßnahmen auf nationaler  
19 Ebene wären deshalb dringend notwendig, sagt Strunz.

20 Bis jetzt, so kritisieren die Ärzt\*innen- und Frauenverbände, würden die Fortbildungen aber  
21 hauptsächlich privat organisiert und nicht staatlich geregelt werden.

22

23 **Antrag 33**

24 AntragstellerIn: Landesverband Schleswig-Holstein

25 EmpfängerIn: SPD Bundestagsfraktion

26 Empfehlung der Antragskommission: Die Antragskommission sieht keinen Anlass, den An-  
27 trag aus thematischen Gründen abzulehnen. Empfehlung an den Antragsteller, den letzten  
28 Satz zu streichen oder zu ändern.

29 **Paritätische Besetzung im Bundestag**

30 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert einen Gesetzesentwurf im deutschen Bundes-  
31 tag zur paritätischen Besetzung von Frauen und Männern in eben diesem Parlament einzu-  
32 bringen. Die Parteien sollen Listen zur Bundestagswahl aufstellen, die abwechselnd mit einer  
33 Frau und einem Mann besetzt werden. Menschen, die sich selbst weder dem männlichen  
34 noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen, entscheiden dabei selbst, ob sie für die Frauen-  
35 oder Männerliste kandidieren.

36

1 Begründung:

2 Auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts sind Frauen in Politik und Parlamen-  
3 ten unterrepräsentiert. Es geht jetzt nicht mehr darum Frauen den Zugang zur Politik zu öff-  
4 nen, sondern sie auch als gleichberechtigte Akteurinnen einzusetzen und die Chancenge-  
5 rechtigkeit zwischen den Geschlechtern herzustellen.